Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — **Bezugspreis:** 75 Goldpfennig monatlich zuzüglich 6 Goldpfennig Postzustellungsgebühr. — Bestellungen nehmen alle zuständigen Postämter, Briefträger und der Verlag Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30, entgegen. — Streiks, höhere Gewalt und Betriebsstörung entbinden den Verlag von der Haftung für Verspätung und Entschädigung.

Anzeigenpreis: Für die zehngespaltene Millimeter-Zeile 10 Goldpfennig. — Anzeigen im Reklameteil 1 Mark. — Anzeigen-Annahme durch den Verlag des „Politischen Wegweiser", Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30. — **Verlag:** Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30. **Schriftleitung: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30. Fernsprecher Nr. 1277.**

Nummer 32 — Halle (S.), 6. August 1927 — 3. Jahrgang

Der Sinn des Verfassungstages.

Dr. Ludwig Haas-Karlsruhe, Mitgl. d. Reichstags.

Bei den Beratungen über die gesetzliche Bestimmung 11. August als Nationalfeiertag erklärte der deutschnationale Abgeordnete von Freytagh-Loringhoven, daß deutsche Volk keinen Anlaß habe, Feste zu feiern. Es sicher richtig, daß es geschmacklos und würdelos wäre, denfeiern zu veranstalten. Allzu groß ist noch immer nationale und wirtschaftliche Not. Deutsches Gebiet unter fremder Besatzung. Deutsches Land ist vom per des Deutschen Reiches losgerissen. Hunderttausende sind arbeitslos und leben in schwerster Not. Lage der Kriegsbeschädigten, der Witwen und Waisen Gefallenen, die Lage der Deutschen, die durch Verlust und seine Folgen von Haus und Hof verdrängt den, ist oft eine verzweifelte. Selbst wenn wir nicht r dem Druck dieser Not und dieser Schmerzen stehen den, könnte die Erinnerung an die gefallenen Kameraden eine wahre Festesfreude nicht entstehen lassen.

Ich habe schon damals dem Abgeordneten von Freytagh-Loringhoven in voller Anerkennung seiner Bedenken dert, daß gerade manche Kreise der Rechten Anlaß en, bei ihren allzu vielen Festen der Not des Vaterlandes zu gedenken. Wie wenig entspricht es der wahren e des Deutschen Volkes, wenn alkoholbegeisterte junge alte Leute die Wacht am Rhein singen, während re ehemalgen Feinde noch am Rhein stehen. Gerade i zeigt es sich, daß gar oft Menschen, die gerne von onalgefühl sprechen, ein wahres Gefühl für nationale de nicht besitzen. Wir wollen alle für den Tag arbeiten dem die Wacht am Rhein wieder gesungen werden . Heute aber kann sie noch nicht gesungen werden. Wenn ich absehe von häßlichen Ausschreitungen, dann aber die Rechte ebenso wie die Linke ein gesundes ist dafür, daß ein Volk in nationaler Not noch mehr r Volk in Glück Festtage braucht. Das dürfen keine der Freude, aber es sollen Tage der Erinnerung, Rückschau und des Ausblicks sein.

Das deutsche Volk braucht mehr als je einen nationa- Feiertag. Es braucht einen Tag, an dem es sich in nderer Weise zu seinem Staat und zu den Gedanken onaler Einheit und nationaler Hoffnung bekennt. Das che Volk in allen seinen Schichten hat das Recht, sich 11. August in Dankbarkeit zu erinnern. Dieser Tag nicht zerstört, was wertvoll war in unserer Vergangen- Aber dieser Tag hat, nachdem die alte Staatsität zusammengebrochen war, neues Recht und die ndlagen für eine neue deutsche Zukunft geschaffen. Das ganze deutsche Volk mit Ausnahme der Kommunisten als Anhänger der russischen Staatsordnung for- die Wahl der Nationalversammlung. Die Nationalsammlung sollte Schutz und Schirm sein gegen die chte und gegen alle Diktaturgefahren. Sie sollte des Willens, kraft des ganzen deutschen Volkes, auch des Willens der Rechten dem deutschen Volke zur tigung des revolutionären Zustandes eine neue Verung geben. Der Nationalversammlung gelang das , daß das deutsche Volk erwartet hat. Genau so, wie Reichspräsident und die Reichsregierung sich feierlich diesem Tage zur Verfassung bekennen, so sollte man all draußen im Lande begreifen, daß über alle Parteiunterschiede hinweg der 11. August ein Tag dankbarer nerung sein darf. Er brachte uns nach der Zerstörung des alten Staates die Garantien neuen staatlichen ns, die Garantien für Rechtssicherheit, die Grundlagen einen neuen Aufbau.

Die deutsche Einheit war bedroht. Der feindliche ernationalismus, der nicht seine äußersten Ziele in Versailles durchgesetzt hatte, hoffte immer noch auf den Zerfall des deutschen Staates durch eigene deutsche Schuld. 11. August hat ein neues Band der deutschen Einheit offen. So soll der 11. August aber auch den Willen Erhaltung und Stärkung der deutschen Einheit bekennen. Das ist das Unglück der deutschen Geschichte und Schuld der deutschen Dynastien, daß in langen Jahrhunderten die Zentralgewalt bekämpft und geschwächt . Es hätte die große Aufgabe des November 1918 können, dynastische Zufälligkeiten, entstanden aus haften und Heiraten, aus Bruderkriegen und aus bnissen mit dem Ausland, aus der Konstruktion des chen Staates auszuschalten. Es ist nicht gelungen; urde nicht einmal versucht. Deshalb bleibt es erste unsere Pflicht, das Reich über alles zu stellen, seine eränität zu sichern, seine Macht zu stärken. Wir n keine bürokratische Zentralisation. Wir kennen schätzen die gesunden Kräfte der Vielgestaltigkeit deutEntwicklung und deutscher Kultur. Aber wir leiden unter dem Nebeneinander und Gegeneinander von en, die die Zentralgewalt nicht in voller Loyalität ennen. Deswegen stehen wir auf der Wacht für die he Einheit; deswegen stehen wir im Kampf für die he Einheit.

Der 11. August muß aber auch ein Tag des Bekennens zum deutschen Recht und zur deutschen Freiheit sein. Man ist in Versailles über das deutsche Recht hinweg geschritten; man hat nicht gehalten, was im Waffenstillstandsvertrag versprochen war. Wir fordern das Selbstbestimmungsrecht für die Deutschen in Oesterreich, wir fordern im Geiste von Locarno die Befreiung des Rheinlandes und der Pfalz von fremder Besatzung! Es sei aber auch nicht vergessen, daß es kein Recht gibt in Deutschland, das nicht auf der republikanischen Verfassung von Weimar beruht. Sie ist die einzige Grundlage deutschen Rechtes. Die Macht des Richters hat seine Quelle in dieser Verfassung. Es gibt leider genug Richtersprüche in den letzten Jahren, die uns erschüttert haben. Sie mögen wenig bedeutenden gegenüber der Fülle von gerechten und wahren Urteilen. Aber dieser Tag muß die Erkenntnis stärken, daß nur der Richter sein kann, der ohne Vorbehalt auf dem Boden der Verfassung steht und zu ihrem rücksichtslosen Schutze entschlossen ist.

Die führenden Männer der Rechten wissen, daß der Kampf gegen die Republik aussichtslos und sinnlos geworden ist. Sie wissen, daß für unabsehbare Zeit die Staatsform des deutschen Volkes die Republik sein wird. Wenn sie aber dann doch aus parteiagitatorischen Gründen sich der Entwicklung eines republikanischen Staatsgefühls entgegenstellen, dann stellen sie damit kleine agitatorische Erwägungen über die vaterländische Pflicht. Denn die erheischt gebieterisch, daß die Werte republikanischen Lebens vom Volke erkannt werden. Auch das ist eine der großen Aufgaben des 11. August, das republikanische Bewußtsein, den republikanischen Willen in Deutschland zu stärken, die republikanische Staatsautorität zu festigen und Herz und Hirn der Menschen für die Staatsform zu gewinnen, die heute eine nationale Notwendigkeit für Deutschland ist.

Wir wollen die hohen Werte deutscher Vergangenheit schätzen. Wir wollen mit berechtigtem Stolz auf unsere Vergangenheit unsere Geschichte nicht vergessen. Aber die Monarchie ist gescheitert. Aus schwersten Gefahren hat uns die Republik gerettet. Der 11. August soll die Ueberzeugung verbreiten, daß der Dienst für die Republik Dienst für das Vaterland ist.

Bekenntnis zum Volk.

Von Gottfried Keller.

„Es wird schon gehen!" ruft in den Lüften
die Lerche, die am frühsten wach;
„Es wird schon gehn!" rollt in den Grüften
ein unterirdisch Wetter nach.
„Es geht!" rauscht es in allen Bäumen
und lieblich wie Schalmeienton.
„Es geht schon!" hallt es in den Träumen
der fieberkranken Nation.

Die Städte werden reg' und munter,
„Es geht!" erschallt's von Haus zu Haus;
schon steigt der Ruhm in sie hinunter
und wählt sich seine Kinder aus.
Die Morgensonne ruft: „Erwache,
o Volk, und eile auf den Markt!
Bring auf das Forum deine Sache!
Im Freien nur ein Volk erstarkt!

Trag all dein Lieben und dein Hassen
und Lust und Leid im Sturmesschritt,
dein schlagend Herz frei durch die Gassen,
ja, bring' den ganzen Menschen mit!
Laß strömen all dein Sein und Denken
und kehr' dein Innerstes zu Tag!
Die Kindheit braucht dich nicht zu kränken,
wenn du ein Kind von gutem Schlag!"

Die Morgensonne ruft: „Erwache!"
Klopft unterm Dach am Fenster an:
„Steh auf und schau' zu unsrer Sache,
sie geht, sie geht auf guter Bahn!
Ich lege Gold auf deine Zunge!
Ich lege Feuer in dein Wort!
So mach dich auf, mein lieber Junge,
und schlag' dich zu dem Volke dort!"

Wie eine Braut am Hochzeitstage,
so ist ein Volk, das sich erkennt;
wie rosenrot vom heißen Schlage,
vom Liebespuls ihr Antlitz brennt!
Zum ersten Mal wird sie es inne,
wie schön sie sei und fühlt es ganz:
So stehet in der Freiheitsminne
ein Volk mit seinem Siegeskranz.

Konkurrenzen.

Von Medizinalrat Dr. Mathias M. d. L., Bernburg.

Noch immer steht in Deutschland ein großer Kampf um die endgiltige Gestaltung des Staatswesens. Neun Jahre Nachkriegszeit haben es nicht vermocht, die bestehende Verfassung zu stabilisieren. Im Gegenteil, es macht den Eindruck, als wenn unterirdische Kräfte in steigendem Maße bemüht wären, unsere Republik, wenn nicht ihrer Form, so doch ihrem Inhalt nach, zu unterminieren. Das muß einerseits Wunder nehmen, wenn man beobachtet, wie doch die ganze Welt, den veränderten Verhältnissen Rechnung tragend, sich in demokratischem Sinne umgewandelt hat, ist aber andererseits wieder verständlich, wenn man bedenkt, wie bis zum Jahre 1918 Deutschland in einem starren Absolutismus mit allen Aggredrienzien regiert wurde.. Der Verlust derjenigen, die von ihrem hohen Sessel heruntergerutscht waren, ist zu groß, der verlorene Nimbus ist zu schwer zu vergessen. So ist es erklärlich, daß von dieser Seite alles mögliche versucht wird, wenigstens einen Schimmer der früheren Gloriole wieder zu erlangen. Vergeblich. Es ist zwecklos, dem Rade der Zeit in die Speichen zu fallen, und zu versuchen, es rückwärts zu drehen. Es ist wohl möglich, Subjekte in konkreter Weise zu beeinflussen, das Objekt resp. die Materie aber, und das ist der Staat, befindet sich in einem ewigen Flusse. Die Wahlen, denen wir in der nächsten Zeit entgegengehen, werden beweisen, daß der Gedanke der fortschreitenden Entwicklung auch die breite Masse so aufzuklären, so zu lenken, daß sie auch die richtigen Wege der Entwicklung geht.

Zur Zeit kämpfen vier verschiedene Weltanschauungen miteinander: die konservative, die demokratische, die sozialdemokratische und die kommunistische. Das Zentrum verkörpert auf Grund seiner besonderen religiösen Konstitution eine Kombination der verschiedenen Weltanschauungen.

Die erstere ist nach dem Kriege nicht mehr in reiner Form vertreten. Die deutsch-nationale Volkspartei hat in kluger Berechnung zeitgemäße, dem verlorenen Kriege Rechnung tragende Ideen in ihr Programm aufgenommen. Erntend aus den Früchten, die der wilde Radikalismus gezeitigt hat, hat sie in den letzten Jahren mit ihrem Programm „Ordnung und Gerechtigkeit wiederherzustellen", in ungeheurer Weise zugenommen. So weit sie dieses Programm vertritt, ist ihre Tätigkeit nur zu begrüßen und ihre Existenz zu billigen. Aber in dieser Partei ist im rechten Flügel der frühere Konservativismus vertreten, der schrittweise seine alte Macht wieder zu erringen sucht. Für den freien Bürger einer Republik müssen solche Tendenzen einer Partei mit allen Mitteln bekämpft werden.

Ein Appendix, wenn nicht zu sagen Trabant, der der Deutsch-Nationalen ist leider die Deutsche Volkspartei. In Wort und Schrift erklärt sie ständig, daß sie das Programm der früheren nationalliberalen Partei in sich verkörpert und auch für die Republik eintritt, in vielen Taten aber zeigt sie sich als Gegner des neuen Staatswesens. Ihre fragliche Stellung noch vor kurzem in dem Streite, ob Republik oder wieder Monarchie ihr Standpunkt noch jetzt in dem Flaggenstreit und in der Einführung des 11. August als Nationalfeiertag sind m. E. für jeden, der sehen will, klare Beweise für die Richtigkeit meiner Behauptungen. Die Volkspartei dürfte so lange rückwärts gehen, und denselben Abstieg erleiden, den die D. D. P. durchgemacht hat, bis sie aufgehört hat, die Partei des Kapitalismus zu sein und das wird, was ihr Name besagt. Ihr fehlt innerlich die unverwischte liberale Linie.

Die Rolle der liberalen Parteien hat nach dem Kriege als einzige Partei der Mitte die Deutsche demokratische Partei übernommen. Außerdem hat diese Partei, dem Zeitgeiste Rechnung tragend, den Gedanken der Volksgemeinschaft in den Vordergrund ihres Programms gestellt. Sie steht auf dem Standpunkte, daß das Volk schon lange vor, aber besonders nach dem Kriege die Reife und deshalb auch die volle Berechtigung erlangt hat, sich an der Verwaltung des Staates aktiv zu beteiligen. So stellt die DDP das Bindeglied zwischen der früheren konservativen und sozialdemokratischen Partei dar. **Sie ist die Partei des Ausgleichs der Gegensätze.**

Die sozialistische Partei ist in den letzten 13 Jahren eine erhebliche Wandlung durchgegangen. Vor dem Kriege die Partei der Opposition, die keine Geltung hatte und in konstantem bewundernswerten Kampfe die materiellen Interessen der Arbeiter zu verbessern suchte, ist sie jetzt in ihrer positiven Richtung eine staatserhaltende, im wahrsten Sinne des Wortes also eine nationale Partei geworden. Ein Kampf ihr gegenüber muß stattfinden,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19270806-18/fragment/page=0001

soweit sie die Fundamente des Staatswesens auf religiösem Gebiete und die freie Schaffenskraft des Staatsbürgers untergraben will. Der Sozialismus erfordert durchweg Menschen mit idealen Grundsätzen, erfordert eine Kulturhöhe, die bisher nicht erreicht ist und auch so leicht erreicht werden wird.

Was von der Sozialdemokratie oppositioneller Richtung gilt, trifft im verstärkten Maße auf den Kommunismus zu. Er hat mit seinem Terrorismus schon jetzt in Rußland auf das Aergste Schiffbruch gelitten und dürfte bei einem Kulturvolke wie Deutschland, das noch dabei so eng zusammengewohnt, keinen Erfolg haben. Wurzel fassen konnte er überhaupt nur in einem so riesengroßen Reiche wie Rußland, wo die weite räumliche Trennung der Menschen und die außerordentlich beschränkten Verkehrsmöglichkeiten die Unterlage boten. Verschwinden wird er auch in diesem Staate, wenn die allgemeine Bildung des niederen Standes gestiegen ist.

Neben diesen Parteien mit ganz bestimmten Weltanschauungen haben sich im Deutschen Reiche, ebenfalls bedingt durch den Krieg, solche mit einseitigen Interessen gebildet. Ich nenne die Wirtschaftspartei, die Partei der Hausbesitzer, die Partei der Mieter, die Aufwertungspartei.

Das Eigentümliche dieser Parteien ist die auf den übrigen Gebieten der Politik ganz konträre Einstellung des größten Teiles ihrer Anhänger. Am klarsten tritt dies bei den Antipoden, Mieter- und Hausbesitzerpartei und auch bei der Aufwertungspartei hervor. Ein rechts eingestellter Regierungsrat als Mieter wird ebensowenig im Wahlkampfe die im allgemeinen links eingestellte Mieterpartei unterstützen, wie eine rechts eingestellte Kleinrentnerin die Aufwertungspartei. Umgekehrt wird ein links eingestellter Hausbesitzer niemals für die rechts eingestellte Hausbesitzerpartei eintreten. So sind das Parteigruppierungen, die äußerlich die 100prozentige Wahlliste Deutschlands repräsentieren, in Wirklichkeit nur herzlich wenig Wähler hinter sich haben. Diejenigen aber, die für diese Splittergruppen eintreten, vergessen, daß sie wegen der numerisch geringen Vertretung, die sie in den Parlamenten nur erlangen, niemals ihre Wünsche durchdrücken können, sondern nur dadurch, daß sie sich den großen Parteien mit einem allgemeinen politischen Programm anschließen.

Etwas komplizierter liegt es noch mit der Wirtschaftspartei, die sich aus den Hausbesitzern seinerzeit rekrutiert und nunmehr schon wieder geteilt hat, da vielen Gewerbetreibenden nicht ihre Einstellung auf dem Gebiete der Wohnungszwangswirtschaft gefällt. In den Zeiten der wirtschaftlichen Not, in der sich Handel und Gewerbe befinden, bei der außerordentlich hohen steuerlichen Belastung, die vornehmlich eine Folge des Krieges und der Reparationen ist, glaubt der Mittelstand, seine einzige Rettung in der Bildung einer besonderen Partei zu finden, die seine Interessen in den Parlamenten verfolgen soll. Er bedenkt aber auch nicht, daß seine Gefolgschaft zu gering, die Erreichung seiner Wünsche auf dem eingeschlagenen Wege infolgedessen unmöglich ist. Man hat fast den Eindruck, als wenn ehrgeizige Agitatoren, die die unglückliche wirtschaftliche Lage des ganzen Landes ausnützen, die Wähler auf die falsche Bahn lenken, um persönliche Lorbeeren auf dem Gebiete des Parlamentarismus zu ernten. Das Wirken der Wirtschaftspartei in den Parlamenten war bisher so widersinnig und konträr, daß man behaupten könnte, ihre Hauptprogramm sei der Negativismus. Nur starke Parteien mit festem Programm sind die Hauptpfeiler für ein Aufblühen und Gedeihen der Wirtschaft.

Eine ganz besondere Stellung nehmen Stahlhelm und Reichsbanner ein. Ersterer versucht die frühere Monarchie zu erkämpfen, während letzteres der einzige Schutz der Republik ist. Das Reichsbanner dürfte in den Wahlkämpfen kaum für sich allein hervortreten und sich auf seine besonderen Aufgaben beschränken. Anders der Stahlhelm, der vielleicht selbständig vorgeht, zum mindesten aber seine Kandidaten den Rechtsparteien aufoctroyiert und ihnen sein Programm diktiert.

Wir müssen also feststellen, daß eine außerordentliche Mannigfaltigkeit der Parteien besteht. Für den Wähler ist es deshalb erforderlich, sich nicht auf Irrwege leiten zu lassen und durch verkehrte Abgabe seiner Stimme die klare Linie, in der er das Staatswesen regiert wünscht, zu verwischen. Für den Wähler ist es erforderlich, dafür zu sorgen, daß eine feste Regierungskonstellation zustandekommt. Die Praxis lehrt ja, daß eine bestimmte Regierung, ob links oder rechts, auf die Dauer kaum möglich ist, weil jede bestehende Regierung durch die zu treffenden und zum Teil harten Maßnahmen sich leicht selbst abwirtschaftet und dann der Gegenserte Platz machen muß. Aus diesem Grunde ist es besonders notwendig, daß stets eine kräftige Partei der Mitte vorhanden ist, die ausgleichend die gegenseitigen Interessen auf eine gemeinsame Linie bringt. Auch die englischen Verhältnisse beweisen wieder, daß ein Zweiparteisystem auf die Dauer unmöglich ist. Der Liberalismus, der einige Jahre zurücktrat, gewinnt dort wieder erheblich an Macht.

Wann werden die Splittergruppen, die eine Kriegs- und Inflationserscheinung sind, verschwinden und wann wird sich wohl im Reich wie in den Ländern eine einige und einzige Partei der Mitte, eine Partei des Ausgleiches finden?

Schutz der Gemeinschaftsschule.

Auch Thüringen meldet sich.

Von Staatsrat Ernst Glöckner-Sonneberg.

Selten hat eine neue Gesetzesvorlage kaum nach ihrem Bekanntwerden so entschiedene Ablehnung erfahren, wie dies dem **Entwurfe eines Reichsschulgesetzes** passiert ist. Die Angriffe erfolgen aus den verschiedensten Lagern und richten sich konzentrisch gegen die gleichen Punkte. Als deren wichtigster kennzeichnet sich die Bestimmung des Entwurfs, die der Gemeinschaftsschule, der Bekenntnisschule und der bekenntnisfreien Schule **vollkommen gleiche und freie Entwicklungsmöglichkeit** geben will. In Thüringen kann man die Gemeinschaftsschule als etwas Historisch-Erlebtes bezeichnen. Es ist deshalb durchaus erklärlich, daß man gerade in unserer engeren Heimat dem Schulgesetzentwurf besonderes Interesse entgegenbringt. Diesem Interesse verdanke ich eine ganze Reihe von Zuschriften aus Staatsbürger-Kreisen, die meine persönliche Stellungnahme kennen zu lernen wünschen.

„Wurden die Wünsche der Erziehungsberechtigten von der Gemeinschaftsschule seither vernachlässigt?" So lautet eine Frage. Auch hier kann eine klare Antwort erteilt werden. Es dürfte kaum eine andere Schulart geben, die ein so großes Interesse am innigsten Zusammenwirken mit dem Elternhaus hat, als eben die Gemeinschaftsschule. Sie will in erster Linie dem Ausgleich nach verschiedenen Richtungen dienen. Wollte sie obrigkeits-staatlich dekretieren, und auf die berechtigten Wünsche der Eltern und Erzieher keine Rücksicht nehmen, würde sie gleich am Anfang des Zielweges stecken bleiben und ihren Gegnern beste Waffen liefern. Es scheint aber angebracht zu sein, einmal daran zu erinnern, daß vielfach leider die Erziehungsberechtigten selbst dem erstrebten Zusammenwirken nicht das rechte Verständnis entgegenbringen. Diese unbestreitbare Tatsache warnt dann aber nur noch eindringlicher davor, den Wünschen solcher Erziehungsberechtigter und ihrer Ratgeber einen allzu großen und oft nur schwer kontrollierbaren Einfluß einzuräumen. Bei der Beratung des Schulgesetzes wird mit dem Argument des Rechtes der Erziehungsberechtigten sicher viel gearbeitet werden. Hoffentlich bewahren sich diese gegenüber allen möglichen schmeichlerischen Verbeugungen den rechten kritischen Blick!

„Welche Ersparnisse bringt das Schulgesetz?" Je nach der Einstellung des Interessenten fallen seine Fragen aus. Der Mensch ist nun einmal eine rätselvolle Einrichtung. Man braucht sich also auch nicht darüber zu wundern, daß Fragen, wie die vorstehende, gestellt werden. Vielleicht ist der Kreis solcher Fragesteller nicht einmal klein. Und vielleich sind es nicht einmal die schlechtesten Staatsbürger, die sich auch bei derartigen Dingen allerlei Gedanken darüber machen, wie die Auswirkung auf die Staatsfinanzen ist. Jedenfalls liegt in solcher Frage eine starke Dosis Realpolitik und an dieser scheint im allgemeinen nicht gerade Ueberfluß zu herrschen. Leider muß nun aber im vorliegenden Falle geantwortet werden: Ersparnisse bringt das Reichsschulgesetz überhaupt nicht! Im Gegenteil: es würde in seiner jetzigen Fassung gewaltige, jetzt noch garnicht zu überblickende Mehrausgaben erfordern!

Der Wille der Erziehungsberechtigten soll ganz besonders respektiert werden. Praktisch bedeutet dies, daß im allgemeinen schon 40 Erziehungsberechtigte das Recht haben, einen Antrag auf Einrichtung einer der drei oben genannten Schularten zu stellen. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß wir neben den Hauptkonfessionen eine Menge anderer Gemeinschaften besitzen, und daß auch auf dem Gebiete der „Weltanschauungs"-Gründungen eine früher nicht gekannte Fruchtbarkeit herrscht, so kann man sich ungefähr ein Bild davon machen, was dem Staate von je 40 solcher Erziehungsberechtigter an Aufwendungen entstehen können. Gegenüber derartigen Ausblicken stimmt auch die im Artikel 146 vorgesehene Hemmung des „geordneten Schulbetriebs" nicht viel zuversichtlicher! Thüringen übermächtigt gegenwärtig rund neunzehn Millionen Mark im Jahr für die Besoldung der an den Volksschulen wirkenden Kräfte, unter denen sich ca. 4 200 Volksschullehrer und -Lehrerinnen befinden. Zertrümmert man die Gemeinschaftsschule als Regel-schule, und stellt ihr die Bekenntnisschule und die bekenntnisfreie Schule gleichberechtigt an die Seite, so möge sich Jedermann selbst ausrechnen, welche Mehrausgaben entstehen können. Man übersehe dabei nicht, daß zu den steigenden persönlichen Aufwendungen für die Volksschullehrkräfte dann auch erhöhte persönliche Verwaltungs-Ausgaben kommen, sodaß man im Volksbildungs-Ministerium kaum mehr mit sechzehn vortragenden Räten und drei Hilfsreferenten langen wird. Nicht minder teurer werden ganz selbstverständlich die sachlichen Leistungen in Gestalt von Schulneubauten, Lehr- und Lernmitteln usw.

Man sieht schon aus dem kleinen Auflug in das Gebiet der Zahlen, daß diese hochbedeutsame kultureell Angelegenheit nicht nur eine ihr künstlich verwobene politische Seite hat, sondern daß die finanzielle Tragweite der zu fassenden Beschlüsse nicht einen Augenblick unterschätzt werden darf.

D. D. P.
Magdeburg

Oberbürgermeister

Dr. Luppe

spricht **Donnerstag, den 11. August, abds. 8 Uhr**
im Hohenzollernpark.

Jedermann willkommen.

Alle für die sorgfältige und vor allem unvor[illegible] nommene Prüfung der Sache maßgebenden Momente [illegible] chen gegen den Entwurf eines Reichsschulgesetzes in [illegible] jetzigen Form.

Die Schulfrage soll und muß einheitlich geregelt [illegible] den. Es dürfen dabei aber nicht hohe Werte [illegible] Hand zum Opfer fallen. Wir haben in Thüringe[illegible] der Gemeinschaftsschule die besten Erfahrungen ge[illegible] Das kann nicht einfach als belanglos in der Verse[illegible] verschwinden.

Sollten alle Abwehrkämpfe vergeblich sein — [illegible] ich im Interesse der deutschen Kultur tief bedauern [illegible] — so muß man für Thüringen verlangen, daß auch [illegible] Gemeinschaftsschule zu denen gerechnet wird, die ein[illegible] sonderen Schutz erfahren.

Die Lehrer geschlossen gegen den Schulgesetzentwurf.

Die Führer des Deutschen Lehrervereins sind in [illegible] lin zusammengetreten und haben folgende Erklärun[illegible] schlossen:

„Der Hauptausschuß des Deutschen Lehrerverein[illegible] dem über 150 000 deutsche Volksschullehre[illegible] -Lehrerinnen zusammengeschlossen sind, erhebt nach [illegible] fältiger Prüfung und eingehender Beratung [illegible] schärfsten Einspruch gegen den neuen Entwurf eine[illegible] setzes zur Ausführung der Artikel 146 Abs. 2 und 14[illegible] und erklärt:

Dieser Reichsschulgesetzentwurf darf nicht Gesetz [illegible] den; er steht in unversöhnlichem Gegensatz zur R[illegible] verfassung!

1. Der Entwurf nimmt der Gemeinschaftsschul[illegible] ihr verfassungsgemäß zugesicherte Stellung als Re[illegible] schule und macht sie zu einer Antragsschule. Er [illegible] eine neue Art der Bekenntnisschule und Weltanschau[illegible] schule, die als Schule der Kirchen und Weltanschau[illegible] ihren staatlichen Charakter faßt vollständig ver[illegible] müssen.

2. **Der Entwurf zerstört von Grund auf die [illegible] hoheit des Staates.** Er nimmt die Entscheidung übe[illegible] Errichtung der Schulen dem Staate und der Gesam[illegible] der Staatsbürger aus der Hand und überträgt sie [illegible] den Erziehungsberechtigten, sondern den **Bekenntnis- [illegible] Weltanschauungsgruppen.**

3. Der neue Entwurf zerschlägt dadurch und [illegible] Niederlegung der in der Verfassung vorgesehenen Sch[illegible] des geordneten Schulbetriebes die **leistungsfähige [illegible] ausgebaute Volksschule in zahllose kleine und leist[illegible] schwache Schulen.** Er vermehrt die Kosten, setzt die Le[illegible] herab, hemmt jeden Schulfortschritt und jede Schulen[illegible] lung und gefährdet dadurch die Bildungshöhe des h[illegible] wachsenden Geschlechtes.

4. Der Entwurf gefährdet die berufliche Sich[illegible] und die staatsbürgerlichen Rechte der Lehrenden. [illegible] schafft eine **dreifache Ueberwachung der Lehrer im [illegible] gionsunterricht.**

5. Der Entwurf nimmt der Schutzbestimmung [illegible] Artikels 174 für Länder, in denen eine nach Bekennt[illegible] nicht getrennte Schule gesetzlich besteht, ihre grundred[illegible] direktive Bedeutung und macht sie zu einer bloßen U[illegible] gangsbestimmung.

Ein Reichsschulgesetz muß eine wort- und sinnge[illegible] Ausführung der Reichsverfassung sein. Der vorlie[illegible] Reichsschulgesetzentwurf darf daher nicht Gesetz werden [illegible] Deutsche Lehrerverein ruft auf zum Schutz der deu[illegible] Volksschule, der Schulhoheit des Staates und der Ei[illegible] deutscher Bildung."

Verfassungsfragen.

Von Staatsminister Professor Dr. Willibalt Ap[illegible]

In dem in diesen Tagen erscheinenden He[illegible] Zeitschrift „Die Hilfe" erörtert der sächsische J[illegible] minister Verfassungsfragen, die ihm über [illegible] oder lang aktuell erscheinen.

Das deutsche Volk wird sich in nicht ferner Zeit [illegible] der mit Verfassungsproblemen beschäftigen müssen, o[illegible] ren glücklicher Lösung unsere staatliche Zukunft gan[illegible] sentlich abhängen wird, die aber unter allen Umsti[illegible] nur von einer starken, republikanisch zuverlässigen [illegible] tion der Mitte gelöst werden können. Im Vorderg[illegible] steht dabei das Verhältnis von Preußen zum Reich [illegible] war die größte Sorge von Hugo Preuß, bei der Au[illegible] lung der ersten Verfassungsentwürfe wie später in [illegible] mar, wie nach dem Untergange der preußischen Vorm[illegible] stellung, die 1866 auf den Schlachtfeldern erkämpft [illegible] und die mit der Monarchie unzertrennlich verbunden, [illegible] deren Niederbruch nicht wieder hergestellt werden k[illegible] das nach der Bevölkerungszahl wie wirtschaftlicher [illegible] übermächtige Preußen neben den anderen Mittel- [illegible] Kleinstaaten in das Gesamtreich eingegliedert w[illegible] könnte. So konnte der Gedanke ernstliche Bode[illegible] gewinnen, Preußen in eine Anzahl Mittelstaaten a[illegible] teilen, um diese dann mit den übrigen zu einem Ein[illegible] staate zusammenzuschließen. In seiner berühmten [illegible] schrift vom 20. Januar 1919 entwickelt Preuß diesen [illegible] schlag, in dem er die einzige durchgreifende Lösung [illegible] und der unterstützt zu werden schien durch gewisse zen[illegible] gale Tendenzen, die sich unmittelbar nach der Umwä[illegible] zunächst in Preußen geltend machten.

Es zeigte sich jedoch sehr bald, daß dieser Vorschlag [illegible] in der öffentlichen Diskussion das Schlagwort „gegen [illegible] Zertrümmerung Preußens" auslöste, keine Aussicht [illegible] Verwirklichung habe, und Preuß mußte seinen Vor[illegible] und damit zugleich auch den Einheitsstaatsgedanke[illegible] signierend fallen lassen, wohlwissend, daß damit [illegible] Grundproblem der verfassungsrechtlichen Neuord[illegible] Deutschlands ungelöst blieb. Diese Tatsache suchte [illegible] in Weimar mit kleineren Mitteln zu überdecken. [illegible] stärkte die Stellung der Zentralgewalt durch Erweite[illegible] ihrer Kompetenzen in Gesetzgebung und Verwaltung,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19270806-18/fragment/page=0002

huf ein einheitliches Reichsheer und setzte die Uebernahme der Verkehrsmittel auf den Gesamtstaat durch, und auf er anderen Seite schwächte man Preußen soweit als irend möglich, insbesondere auch dadurch, daß man im Reichsrat nicht nur die Stimmenzahl auf zwei Fünftel der Gesamtstimmenzahl beschränkte, sondern noch die Hälfte er hiernach auf Preußen entfallenden Stimmen auf die inzelne Provinzen verteilte und deren Vertreter ermächigte, diese ohne Instruktion und völlig unabhängig von er preußischen Regierung abzugeben. Es hat sich inzwihen immer klarer herausgestellt, daß Preußens Einfluß n Reichsrat damit in einer für seine Regierung unwürigen und unverträglichen Weise, die auch vom Standunkte des Reichswohls aus bedenklich erscheint, herabesetzt worden ist. Aus diesem konstruktiven Fehler ergibt ch immer stärker eine Spannung zwischen dem Reich und Preußen, die längere Zeit durch die, wie überall in Deutschland dankbar anerkannt werden muß, überaus oyale Haltung der preußischen Regierung den Reichsineressen gegenüber zurückgehalten werden konnte, die sich ber mit unbedingter Notwendigkeit allmählich immer uneilvoller geltend machen muß, und die infolge der Verhiedenheit der politischen Zusammensetzung beider Regieungen nur verschärft, keineswegs etwa erst hervorgeruen worden ist. Aber nicht genug hiermit, tauchen noch weitere Fragen auf von zwar nicht ganz gleicher, aber ennoch beträchtlicher Wichtigkeit, so die Stellung des Reichspräsidenten zum Reichstag bei der Regierungsbilung, eine Frage, die bei den allzuhäufigen und lang anauernden Regierungskrisen im Reiche immer wieder akut erden wird, die Notwendigkeit des parlamentarischen ystems in den Ländern nach Artikel 17 RV., da doch lle Fragen von wirkich politischer Bedeutung heute im eichstag entschieden werden, die Schaffung eines endiltigen Reichswirtschaftsrates und schließlich eine Revion der Grundrechte. Und was die zuletzt erwähnte Reision der Grundrechte anlangt, so soll noch hervorgehon werden, daß es ein unvergängliches Verdienst Friedich Naumanns ist, daß auf seine Anregung hin der Verssungsausschuß der Nationalversammlung sich entschloß, i zweiten Hauptteil des Grundgesetzes Grundrechte und rundpflichten des deutschen Staatsbürgers in einem oßartig empfundenen Kataloge, dem Vorbilde der aulskirche folgend, aufzustellen. Aber die Anwendung eser Sätze im praktischen Rechtsleben hat uns inzwischen lehrt, daß nicht wenige dieser Bestimmungen nicht glückh formuliert sind — es fehlte eben in Weimar, wo Eile boten war, die notwendige Zeit, sorgfältig alle Konseenzen zu überdenken, die sich aus diesen Sätzen, die teileise unmittelbar geltendes Recht, nicht nur Programmße sein wollen, herleiten können, und so sind sie heute cht selten im Dienste einer der gegenwärtigen Staatsgeilt mißtrauenden Rechtsprechung in einem Sinne auslegt worden, der ihren Verfassern durchaus fremd gesen ist.

So wird in nicht ferner Zukunft an eine Umbildung icher Verfassungsvorschriften herangetreten werden ssen, obwohl die Gründe nicht unberechtigt sind, die mit oßem Ernste vor jedem Rühren an den Steinen des Verungsbaues warnen. Aber der Reichstag hat in den hren seit der Nationalversammlung schon zahlreiche rfassungsändernde Gesetze verabschiedet, mehr als die ite Oeffentlichkeit im allgemeinen annimmt, und die r besprochenen Probleme, die weitere Verfassungsänungen bedingen, sind zum großen Teil wenigstens unschiebbar. Möchte sich eine große Mehrheit des deutn Volkes zusammenfinden, die fest und sicher auf dem den der Republik stehend, diese in einer Weise löst, daß hn geschaffen wird für unsere innerstaatliche Entwickg, die uns in einer nicht fernen glücklichen Zukunft als n Staatsvolk noch enger, noch unzerreißbarer zusamnbinden soll — in dieser Hoffnung, in dieser Zuversicht llen wir uns zur Feier des diesjährigen Verfassungses rüsten.

Friedrich Payers Eintritt in die Politik.

Eine Erinnerung.

Der „Reutlinger Generalanzeiger“ konnte in diesen gen auf ein 40 jähriges Bestehen zurückblicken. Aus em Anlaß hat das angesehene demokratische Blatt eine gut ausgestattete Festnummer herausgegeben, in der ehemalige Vizekanzler Friedrich Payer Erinnerungen seinen ersten Wahlkampf in Reutlingen gegeben hat:

„In den Jahren 1872 und 1873 begann die Volkstei in Württemberg sich wieder planmäßig, wenn auch schwachen Kräften, zu organisieren. Zu den alten ndsätzen großdeutsch und großpreußisch, konservativ und ral, für und gegen Heeresvermehrungen, war durch den Bismarck zu seinem Unheil entfesselten Kulturkampf weiterer, zunächst am meisten brennender Streitpunkt eten. Die Volkspartei als grundsätzliche Gegnerin r Ausnahmegesetzgebung stand auf der Seite des trums. Diese Gruppierung drückte auf lange Jahre r großen Zahl der württembergischen Reichstagswahle ihren Stempel auf. Mit der Reichstagswahl vom Januar 1874 begann wieder der grundsätzliche Kampf chen den politischen Parteien. Der tote Punkt war wunden. Von diesem Zeitpunkt ab war auch ich perich am Kampf beteiligt und kann über Zustände und schen aus eigener Erfahreung reden. Wir in der kspartei waren damals unter uns selbst noch nicht ganz g, ob wir uns beteiligen sollen oder nicht. Viele der n 48 er, aus denen damals die Partei sich noch zum en Teil zusammensetzte, namentlich die alten Führer, bten es nicht über sich gewinnen zu können, auf dem geschaffenen Boden den Kampf wieder aufzunehmen, ielten die damaligen Zustände merkwürdigerweise für vorübergehend, aber die Mehrzahl derselben und wir gen glaubten, bei längerem Zuwarten müsse die Paru Grunde gehen, und waren bereit, auf jede Gefahr nach allen Kräften sofort in den Kampf für unsere ndsätze einzutreten.

In dieser Stimmung ließ ich mich von meinen Tübinger Landsleuten mit Zustimmung der Reutlinger, die mich wenigstens von der Landesversammlung her kannten, schließlich bereden, eine Kanditatur anzunehmen, und in den Weihnachtstagen begannen wir die Agitation. Meine Seele dachte nicht an die Möglichkeit, gewählt zu werden. Ich war erst 27 Jahre alt, ich kannte im Oberamt Rottenburg fast keinen Menschen persönlich, im Bezirk Reutlingen nicht viel weiter, dort hatte ich sogar ein kleines Hindernis zu überwinden, die seit Jahrhunderten herkömmliche Abneigung der Reutlinger und Tübinger. Aber es ging gut im Wahlkampf, im freisinnigen Teil des Wahlkreises schlug die verhaltene Kampflust in helle Flammen auf und fast einen Tag lang galt ich schließlich sogar als gewählt, bis nach dem allmählichen Eintreffen der Boten der Schultheißenämter — Telephon, Fahrrad und Auto waren noch nicht erfunden, mehr als zwei Bahnlinien gab es noch nicht im Wahlkreis und der Telegraph war sehr sparsam verbreitet — an dem Tag kam, daß ich mit 7016 Stimmen gegen 7427 Stimmen unterlegen war, die auf meinen nationalliberalen Gegner gefallen waren. Der großdeutsch-volksparteiliche „Wahlsieg“ wurde diesmal in Rottenburg gefeiert, in dem ich so gut wie einstimmig gewählt worden war. Mir graust es wie damals heute noch, wenn ich denke, wie viel Jahre Gefängnis wegen Majestäts- und Bismarcksbeleidigung und ähnliche Bünden bei dieser Feier ehrlich verdient worden sind. Aber es fand sich, obwohl alles sich in vollster Oeffentlichkeit abspielt, kein Denunziant.“

Im nächsten Wahlgang 1877 eroberte sich Payer dann das Mandat.

Verehrter Freund!

Haben Sie schon ein Programm für die

Verfassungsfeier

der Deutschen Demokratischen Partei am Donnerstag, den 11. August, 17½ Uhr im Hohenzollernpark?

Oberbürgermeister

Dr. Luppe

hält die Festrede.

Aus der Arbeit der demokratischen Landtagsfraktion

Demokratischer Antrag für die Hochwassergeschädigten.

Die Abgeordneten Falk, Riedel, Dr. Bohner und die übrigen Mitglieder der Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei im Preußischen Landtag haben folgenden Urantrag eingebracht:

Auch in diesem Jahre sind fruchtbare Gebiete Preußens von Hochwasserkatastrophen schwer heimgesucht worden. Ganz besonders ist das in der Altmark und im Spreewald der Fall. In diesen Gebieten ist der Schaden umso größer, als es sich nicht um plötzlich auftretendes und schnell wieder abflutendes Hochwasser, sondern um Ueberschwemmungen von mehrwöchiger Dauer handelt, die durch erneute Unwetter und Regengüsse immer wieder verlängert worden sind. Der Landtag wolle daher beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen: 1. Steuerstundungen und Steuerniederschlagungen in den betroffenen Gebieten in weitestem Umfange zu gewähren; 2. Alsbald ausreichende Mittel zu Notstandsunterstützungen bereitzustellen; 3. Dafür Sorge zu tragen, daß den Geschädigten ausreichende Kredite zum Wiederaufbau ihrer Wirtschaften eingeräumt werde; 4. Mit tunlichster Beschleunigung durchgreifende und ausreichende Maßnahmen zu treffen, die eine Wiederholung derartiger Katastrophen nach menschlichem Ermessen zu verhindern oder in ihrer Wirkung erheblich herabzumindern geeignet sind.

*

Um die Regulierung des Insterflusses.

Eine kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Grzimek (Königsberg) und der übrigen Mitglieder der demokratischen Fraktion im Preußischen Landtag lautet: „Der Insterfluß oberhalb Insterburgs in Ostpreußen ist, obwohl an ihm eine außerordentlich große zusammenhängende Wiesenfläche von zehntausenden von Morgen liegt, nicht reguliert. Die Wiesen sind in diesem Jahre daher schon zum vierten Male unter Wasser. Ich frage das Staatsministerium, ob und wann es die Regulierung der Inster in die Wege zu leiten beabsichtigt?“

Politische Notizen.

Aus der „vornehmen“ deutschnationalen Küche.

Kann schreiben links, kann schreiben rechts! — nämlich Herr B. Becker, Redakteur an den deutschnationalen „Neuesten Nachrichten“. Lassen wir Becker hören. Er hat dieser Tage die Finanzwirtschaft der braunschweigischen Stahlhelm-Regierung in folgenden Ausführungen verteidigt:

Der Staat hat kein Defizit von 11 Millionen Mark. Offenbar veranlaßt von interessierter Seite, bringen auswärtige Blätter die Mitteilung, daß sich in der braunschweigischen Staatskasse innerhalb der Zeit vom 1. April bis 30. Juni ein Defizit von 11 Millionen M gebildet habe, und daß dieses Defizit wahrscheinlich noch weiter wachsen werde. Diese Nachricht ist fasch. Sie beweist, daß die Monatsübersichten über die Staatsfinanzen, die auf Veranlassung des Landtags beim braunschweigischem Staatsministerium herausgegeben werden, nicht richtig verstanden werden.

Im übrigen sind die braunschweigischen Staatsfinanzen seit dem Umsturz nie besser verwaltet worden, als durch unser gegenwärtiges Finanzministerium, in dem man nicht nur über ein gutes finanztechnisches Wissen verfügt, sondern auch weiß, wo für den braunschweigischen Staat die Grenzen der finanziellen Leistungsfähigkeit gezogen werden müssen.

Zu den auswärtigen Blättern, die über das Defizit des braunschweigischen Staates berichten, gehörte die „Vossische Zeitung“. Sie veröffentlichte die folgende Meldung:

Defizit in Braunschweig.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“.

bb Braunschweig, 21. Juli.

Die Uebersicht über den Stand der braunschweigischen Staatsfinanzen vom 1. April bis 30. Juni ergibt einen Zuschußbedarf von rund 11 Millionen Mark. Die Einnahmen betrugen 6,8 Millionen Mark und die Ausgaben 17,7 Millionen Mark. Wenn auch dieser Zuschußbedarf infolge der später hereinkommenden Reichssteuerüberweisungen noch etwas vermindert werden wird, so ist doch heute schon sicher, daß der braunschweigische Staatshaushalt wieder mit einem erheblichen Fehlbetrag abschließen wird.

Der Korrespondent der „Vossischen Zeitung“ und Verfasser dieser Meldung aber war — Herr Balthasar Becker von den Braunschweiger „Neuesten Nachrichten“. Als Korrespondent der „Vossischen Zeitung“ hat er die Wahrheit über die Lage des braunschweigischen Staatshaushalts berichtet. Als Redakteur der „Neuesten Nachrichten“ hat er seine eigene Meldung als falsch bezeichnet und sich selbst bescheinigt, daß er die Monatsübersichten über die Staatsfinanzen nicht richtig verstehe.

*

Schämen sie sich?

Die offizielle Pressestelle der Deutschnationalen Partei verbreitet folgende Erklräung:

„Die Stellungnahme der „Kreuzzeitung“ zu einem Aufsatz „Das Problem Mitteleuropa“ wird von der Linkspresse zum Anlaß genommen, eine Wandlung in der Auffassung der Deutschnationalen Volkspartei über den deutsch-österreichischen Anschlußgedanken festzustellen. Dazu liegt keine Veranlassung vor.“

Unklar! Die Sprache der Deutschnationalen ist unverständlich. Was die „Kreuzzeitung“ ausgeplaudert hat, ist ganz selbstverständlich die Absicht der Deutschnationalen Volkspartei. Die Deutschnationalen sind **Anschlußgegner**, und die Kreuzzeitung hat dies ganz offen bestätigt.

*

Der gute Ton.

Wenn man einen Menschen danach beurteilen kann, wer seine Gegner sind, dann kann man dem bisherigen Oberpräsidenten Hörsing von Magdeburg seine Sympathie kaum vorenthalten. Die gesamte staatsfeindliche Rechtspresse überbietet sich in persönlichen Verunglimpfungen und überbietet sich selbst in ihrer Ausdrucksweise von gemeinem Pöbelton bis zu „feiner“ Ironie.

Die „Deutsche Zeitung“ schreibt: „. . . in Groß-Berlin gibt es viele Ratskeller in denen man die Republik retten kann — bis zum „Unwohlsein“. Zu dieser segensreichen Tätigkeit, die Herrn Hörsing doch so bekannt ist, wünschen wir ihm von aufrichtigem Herzen Glück.“

Die „Deutsche Tageszeitung“: „Es entspricht durchaus seinem inneren Wesen, wenn er sein Mundwerk für bedeutsamer hält, als seine Tätigkeit im Staatsdienst.“

Vater Schmelzer zum Ehrenmitglied ernannt.

Das völkische „Deutsche Tageblatt“ erzählt von einer völkischen Versammlung in Arensdorf, die zwar polizeilich verboten, aber auf Einladung eines Studienrats Bösch (welch trefflicher Jugenderzieher!) als „nicht verbotener Bierabend“ doch gehalten wurde. Thema war offenbar die Verherrlichung des politischen Meuchelmords. Denn der Redner Hasselbacher sprach: „Ich bin stolz darauf, daß ich heute Vater Schmelzer, der an unseren Veranstaltungen teilnahm, die Hand habe drücken können.“ Vater Schmelzer, dessen Sohn August Schmelzer den Reichsbannermann Tietze erschossen hat, hat sich durch die wüste Hetze, die er mit Rufen wie „Schlagt die Hunde tot, schlagt sie zum Ort hinaus!“ zu einem der Hauptschuldigen an den Vorgängen in Arensdorf gemacht. Der Kreisleiter des Stahlhelms, Herr v. Alvensleben, dankte den Deutschvölkischen, daß sie sich als einzige zu den Arensdorfern bekannt hätten“. Hasselbacher erklärte es als selbstverständlich, „als Kollegen auch Kollegialität zu wahren“. Und Motz aus Fürstenwalde ernannte „Vater Schmelzer zum Ehrenmitglied des Kreisvereins Lebus“. Wir gratulieren allen Teilen!

*

Unverständliches Urteil in einem Beleidigungsprozeß.

Vor dem erweiterten Schöffengericht wurde ein **Beleidigungsprozeß** verhandelt, der von dem preußischen Innenminister Grzesinski gegen einen Archidekten aus Wanne angestrengt war. Das „Berliner Tageblatt“ berichtet darüber: Der Archidekt hatte in einer Gelsenkirchener Gastwirtschaft den preußischen Minister des Innern einen **„hergelaufenen Polen“** und einen **„Schuft“** genannt und mit anderen Bezeichnungen viel derberer Art belegt. Er äußerte sich in diesem Zusammenhange dahin, daß mit **„derartigen Spitzbuben endlich aufgeräumt werden muß“**. Das Essener Schöffengericht behandelte den Angeklagten mit **unverdienter Nachsicht**, in dem es **auf nur 300 Mark Geldstrafe** erkannte und **strafmildernd** berücksichtigte, daß die beleidigenden Ausdrücke unter der Ein-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19270806-18/fragment/page=0003

wirkung des **Alkohols** gefallen sind. In **republikanischen Kreisen** hat das Urteil **große Mißstimmung** hervorgerufen. Man erwartet, daß der Staatsanwalt Berufung einlegen wird.

*

Gegen die überflüssigen Titel.

Stellungnahme des preußischen Handelsministers.

Der preußische Minister für Handel und Gewerbe hat sich schon vor längerer Zeit sehr energisch gegen die Schaffung neuer Titel für Handwerker ausgesprochen. Im Zusammenhang hiermit hatte sich der Deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag gegen den Titel „Diplomoptiker" gewandt, da dieser nur geeignet sei, den Meistertitel herabzudrücken. Daraufhin hatte der Zentralverband der deutschen Uhrmacher festzustellen versucht, ob die Führung des Titel Diplomoptiker überhaupt berechtigt und erlaubt sei. Nach langen Verhandlungen ist nunmehr hierzu eine Aeußerung des preußischen Handelsministers eingegangen. Er teilte mit, es sei auf dem Verhandlungswege mit dem Lande Thüringen erreicht worden, daß die Verleihung des Titels Diplomoptiker an die Absolventen der staatlichen Optikerschule in Jena künftig seitens des Landes Thüringen nicht mehr erfolgen werde.

*

Der Deutsche Ostbund und seine Aufgaben.

Soll er ein Turmhaus bauen?

Von besonderer Seite wird dem „Demokratischen Zeitungsdienst" geschrieben:

Durch die Rechtspresse geht immer wieder die Nachricht, daß der Deutsche Ostbund sich in Berlin ein Turmhaus in ganz großem Stil erbauen wolle, für das er den Namen „Hindenburg-Haus" gewählt habe. Diese Nachricht ist geeignet, bei den aus der Ostmark verdrängten Deutschen, die zum Teil ihr Hab und Gut völlig verloren haben, lebhaftes Befremden auszulösen. Sollte der Deutsche Ostbund wirklich über Gelder verfügen, die es ihm ermöglichen, ein Haus von dem Umfange, wie geplant, zu errichten, so wäre wohl die nächstliegende Forderung, diese Gelder den verdrängten Deutschen der Ostmark, die sei[illegible] süchtig auf Hilfe warten, direkt zuzuwenden, anstatt g[illegible] zwecklose Repräsentationsaufgaben zu übernehmen, die [illegible] dem Ziel des Ostbundes nicht das Mindeste zu tun hat[illegible] Uns scheint da eine Großmannssucht am Werke zu s[illegible] die darauf hinausgeht, den Ostbund in ganz andere B[illegible]nen hineinzudrängen, als es im Interesse seiner ursprü[illegible]lichen Aufgaben zweckmäßig ist. Es wird auch vielfach [illegible]wenig taktvoll empfunden, daß man versucht, den Nam[illegible] des Reichspräsidenten als Reklame und als Aushängesch[illegible] für dieses Vorhaben zu benützen. Wir glauben zu wis[illegible] daß der Herr Reichspräsident, der wenig Sinn für [illegible] Repräsentation, aber durchaus ein Herz für die verdrä[illegible]ten Ostdeutschen hat, diesem Vorhaben des Ostbundes [illegible] großer Reserve gegenübersteht. Die Geldgeber des [illegible]bundes aber, die der Ansicht sind, daß ihre Zuwendun[illegible] zweckmäßig für verdrängte Grenzmarkdeutsche verwe[illegible] werden, sollten den unternehmungslustigen und sehr [illegible]dalen Herren der Bundesleitung einmal etwas mehr [illegible] die Finger sehen.

Siebert & Würbach ∴ Magdeburg.
Inhaber: Richard Siebert
Große Münzstraße 16. Fernsprecher 7230
Kolonialwaren — Konserven — Delikatessen
Wein und Spirituosen.
Spezialitäten: Rheinisches Apfelkraut — Weinessig.
Frankfurter Apfelwein von Adam Nackles
Lieferung frei Haus.

Alb. Willy Schüler
Kunst- und Bauschlosserei
Wallstraße 12. **Magdeburg** Fernruf 2354
fertigt alle Schlosserarbeiten an.
Spez.: Markisen, Scherengitter pp.

Werbt neue Abonnenten!

Hohenzollern-Park.
Jeden Dienstag, Mittwoch, Donnerstag ab 3½ Uhr
Kaffee-Konzert
mit
Kleinkunst-Bühne.

Kaufe im Konsumverein

Konsumverein für Magdeburg u. Umgegend
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Ia. Rinder-Gefrierfleisch

Rouladen	Pfd. Mk. **1.00**	**Roastbeef**	Pfd. **76** ₰
Filet	Pfd. Mk. **1.00**	**Kochfleisch**	Pfd **68** ₰

Im Preis bedeutend herabgesetzt:

Speck fetter, geräuchert . . . . . Pfd. **100** ₰
Wurstschmalz . . . . . Pfd. **40** ₰

Fleisch- und Wurstwaren in bekannter Güte.

Deutsche Demokratische Partei
Ortsgruppe Magdeburg

Nationale Verfassungsfeier
verbunden mit
Sommerfest
am Donnerstag, dem 11. August 1927, 17½ Uhr im „Hohenzollernpark"
unter Mitwirkung des Schleth-Orchesters und des Magdeburger Vokal-Quartetts

*

Programm
Großes Garten-Konzert des Schleth-Orchesters
Leitung: Kapellmeister Walter Pirieme

Erster Teil
1. Germanentreue, Marsch . . . . . Blankenburg
2. Orpheus in der Unterwelt, Ouvertüre . . . . Offenbach
3. Lohengrin, Fantasie . . . . . Wagner
4. Grüße an die Heimat (Paraphrase) . . . . . Nehl

Zweiter Teil
5. Frühlings-Einzug, Marsch . . . . . Blon
6. Potpourri aus „Der Bettelstudent" . . . . . Millöcker
7. Chor und Tanz „Das Pensionat" . . . . . Suppé
8. Walzer aus „Dollarprinzessin" . . . . . Fall

*

Festrede:
Oberbürgermeister Dr. Luppe-Nürnberg

*

Dritter Teil
9. Der Rose Hochzeitszug . . . . . Jessel
10. Der fidele Bauer, Potpourri . . . . . Fall
11. Auf der Wacht . . . . . Dierig
12. Fantasie aus der Oper „La Bohème" . . . . . Puccini

Vierter Teil
Magdeburger Vokal-Quartett
13. Freiheitslieder: a) Die Flamme lodert . . . Beethoven
b) Freiheit, die ich meine . . . K. Groos
14. Liebeslieder: a) Wenn ich ein Vöglein wär' Volksweise
b) Mädel laß das Stricken, geh . . Bezler
15. Trinklieder: a) Bekränzt mit Laub . . . . . André
b) Im Herbst, da muß man trinken Marschner
16. Heitere Lieder: a) Die lust'gen Musikanten . . Riccius
b) Kirmes . . . . . Gaide

Rezitationen Tanz Tombola

Programme zum Preise von 75 ₰, einschließlich Tanz und Steuer, sind in der Geschäftsstelle der D. D. P., Breiteweg 139/140, sowie bei den Vorstandsmitgliedern erhältlich.

Inserieren bringt Erfolg!
D. D. P.
Fernsprecher
8095

Die „Kavauma"
Magdeburgs Mittelstandskrankenkasse
bietet
Kaufleuten, Handwerkern, Beamten, Gewerbetreibenden, Landwirten, allen freien Berufen und Angestellten
den sichersten Schutz gegen Rückschläge durch Krankheit, die beste Familienhilfe!
Aerztliche Behandlung als Privatpatient!
Niedrige Beiträge! Höchste Leistungen!
Aufnahmealter bis 65 Jahre!
Erholungsheime an d. See u. im Gebirge
„Kavauma"
Krankenkasse des Kaufmännischen Vereins
Gegründet 1899 zu Magdeburg
Hauptgeschäftsstelle Spiegelbrücke 13, T. 757 u. 2823
Wilhelmstadt, Gr. Diesdorfer Straße 24, T. 10137
Neue Neustadt, Nikolaistraße 6, Telephon 758
Schönebecke, Kronprinzenstraße 1, Telephon 2918
Gommern, Breitestraße 59.

Auto-Privat-Fahrschule
Ob.-Ing. Val. Bohland
gerichtlich beeidigter Sachverständiger für das Kraftfahrwesen.
Ausbildung von Kraftfahrzeugführern
zu kulantesten Bedingungen und
mit bestem Erfolg.
Magdeburg - Wilhelmahaus - Eingg. Editharing
Tel. 6354. 3 Minuten v. Hauptbahnhof. Tel. 635[illegible]

Hotel u. Restaurant „Weißer Bär"
Bes. **Ad. Thürnagel.**

E. Markmann, Magdeburg
Viktoriastraße 9 (kein Laden) am Hauptbahnh[illegible]
Fernruf 5539
Krankenpflegeartikel
Chirurgische Instrumente, Bandagen, Leibbin[illegible]
Verbandstoffe Gummiwa[illegible]
Reines Fachgeschäft.

Salzquelle
Jeden Sonntag:
Konzert
Anschließend
Tanzkränzchen.

W. Trint
Inhaber des altbekannten Restaurants
Goldene Tasche
Hartstraße 6 Telefon 4711
Warme und kalte Küche zu jeder Tageszeit
Festsaal

Möbeltransport und Wohnungstausch
Hermann Wolff
Schöneckstr. 5 - Telefon 6025
Reelle Bedienung ist die beste Reklame

Parkrestaurant Vogelgesang
Täglich Konzert.
Der **Rosengarten** steht in **voller Blüte.**

Park-Restaurant
Herrentru[illegible]
Inhaber: **Wilhelm Westphal** [illegible]
Vornehmster und schönster Ausflugsort Magd[illegible]
inmitten herrlicher Anlagen. Garagen, [illegible]
reicher Ausspann. Telephon 705 und [illegible]
Mittwochs und Sonntags
Große Konzer[illegible]
Diners, Soupers, ff. Weine und [illegible]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19270806-18/fragment/page=0004

Beilage zum „Politischen Wegweiser“

mmer 32 2. Blatt Halle (S.), den 6. August 1927 3. Jahrgang

Die Form der Verfassung.

Von Dr. Marie-Elisabeth Lüders.
Mitglied des Reichstages.

„— denn keine Macht und keine Zeit zerstückelt geprägte Form, die lebend sich entwickelt“.

Wer fühlte nicht, wenn er seinen Blick über Deutsch- gleiten läßt, wenn er immer wieder Zeuge großer kleiner Konflikte zwischen Reich und Ländern ist, r er die feindselige Form, in der sachliche Meinungs- hiedenheiten ausgetragen werden, betrachtet, die tra- Taubheit unseres Volkes gegenüber den Versen: igkeit und Recht und Freiheit sind des Glückes Un- und.“ Wer will leugnen, daß ihre Erfüllung die und letzte Voraussetzung auch jeder möglichen Geltung s Volkes in der Welt sind? Die Möglichkeit zur Er- ng der Hoffnung durch Einheit in Einigkeit wieder Größe zu gelangen, gibt uns die Verfassung. re oberste Verpflichtung ist es, alle Wege der Ver- ng, die zu diesem höchsten nationalen Ziele führen en, auszubauen und zu pflegen.

Zur Erfüllung dieser Verpflichtung, durch die Ver- ng mitberufen und mitberechtigt zu sein, darin liegt Wert, den die Verfassung für uns Frauen hat, n liegt der Grund, daß wir so eifersüchtig auch über Erhaltung unserer formalen Rechte wachen, so uner- lich auf die Uebereinstimmung zwischen dem uns grund, ch Gewährten und unserer tatsächlichen Stellung be- t sind. Deshalb halten wir zäh an jedem, auch dem rlich unscheinbarsten, uns gewährtem Rechte fest, des- verteidigen wir unsere Freiheit im politischen, im fischen und im persönlichen Leben mit sorgsamem r und treten gegen jeden Versuch, uns im Staate, in Arbeit oder in der Familie wieder zu Bürgern „min- n Rechtes“ zu machen, oder wo es noch der Fall ist, in dieser Lage zu halten, sofort in Front.

Aber über unsere eigenen Rechte, über die Wahrung rer eigenen Freiheit steht uns die **Einigkeit, die Ein- des Reiches als Voraussetzung unserer nationalen und tischen Kraft nach innen und außen,** als dem sichersten tel zur Erlangung und Erhaltung unserer einstigen onalen und politischen Freiheit und Gleichberechtigung er Welt.

Zweimal nahm das deutsche Volk in Zeiten größter die Gestaltung seines Schicksals selber in die Hand, sein Staatswesen durch eine Nationalversammlung ftalten. Der erste Versuch in Frankfurt scheiterte; schuf zwar eine Reichsverfassung, aber kein Reich, denkwürdiges Dokument kam zustande, aber kein hsgesetz, das einem Reiche dienen konnte, weil es nicht ng, einen nationalen Staat zu schaffen. Dieser ent- o, — aus alter Hoffnung deutscher Einheitsträume robustem politischen Machtwillen geboren — in den pfen mit Oesterreich und Frankreich. Dieser Staat te 1919 — in seinen Grundfesten erschüttert aus seiner n geschleudert und von außen in seiner Existenz be- t, mit starken Angeln zusammengehalten, auf sichere ise zurückgeführt und mit neuen inneren Kräften er- werden zur Abwehr gegen die drohenden Gefahren innen und außen. Das alles konnte nur erreicht den durch klare und starke Betonung der Eigenstaat- eit des Reiches im Gegensatz zu dem Bunde von Glied- ten der bismarckischen Verfassung, hiermit in praktisch- scher Konsequenz durch die Betonung des unitarischen nüber dem bisher allein geltenden föderalistischen zips, und — zuletzt aber nicht zumindest — durch die e verantwortliche Mithilfe des ganzen Volkes — auch Frauen — auf der Grundlage der demokratisch- blikanischen Staatsform. Das deutsche Reich in seiner enstaatlichkeit, in seiner unitarischen Zusammenfassung, seiner unbeschränkten Bürgerverantwortung, soll in er **neuen äußeren Form** und mit dieser **neuen inneren tiquelle** die Einheit des deutschen Volkes, den deut- Nationalstaat verkörpern.. Nicht als Wunsch, son- als Tatsache der Verfassung. Wunsch und Wirklich- die 1815 im Deutschen Bunde, „dieser dynastischen sicherung auf Gegenseitigkeit“, kleinlich und kläglich anstaltet waren, die auch Frankfurt als staatliche Or- isation des deutschen Volkes in der Form eines demo- isch-konstitutionellen Kaiserreichs nicht hatte verwirk- n können, und die auch die hinter staatsbündischer m verborgene eigene Staatlichkeit des „ewigen Bun- der deutschen Fürsten von 1871 je länger je weniger llen konnte, weil viele Beteiligte nur zu gern die m über den Inhalt stellten. **Erfüllung und Ausgabe reich** verkündet erst die **neue Reichsverfassung** von Wei- mit ihrer staatsbürgerlich stolzen Erklärung: „Das sche Volk, einig in seinen Stämmen, von dem Willen elt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu er- ern und zu festigen, hat sich diese Verfassung gegeben.“ nn werden seine Bürger endlich selber in der Ver- ung sein, ihrer „Verfassung“ gerecht zu werden? Wann den sie endlich ihren Geist begreifen? Wann endlich, es auch bei der idealsten Form verfassungsrechtlich lamierter staatlicher Einheit wahr bleibt: „Von den ergänglichen Gütern an Freiheit, Wahrheit, Schönheit Liebe erwirbt ein jedes Volk genau so viel, als es h eigene Kraft zu erringen weiß.“ Wenn wir nicht Kraft und die Selbstbeherrschung im politischen Leben en, um die in Weimar in Not und Sorgen, in Qual Bedrängnis geprägte Form lebendig zu entwickeln, ann und wird sie keinen Bestand haben. Wer aber will dann für Deutschlands Existenz an dem Worte zweifeln: „sit ut est — aut non sit!“

Denn diese Verfassung wieder zu verlieren, heißt mehr als eine Form zerschlagen, es heißt, sich unfähig zu erklären, Staat und Volk zu verschmelzen; Autorität und persönliche Freiheit; es heißt, auf den Glauben zu verzichten, durch geistige Kräfte, durch die Gesinnung der Bürger innere Freiheit mit äußerer Stärke vereinen zu können, außer den Kräften innerer Freiheit die stärksten und schärfsten Waffen äußerer Abwehr zu schmieden. Es heißt, daran zu verzweifeln, aus der Mitverantwortung eines jeden am Wohle des Ganzen die Gemeinsamkeit der Tat schaffen zu können, die anspornende Wahrheit zu verleugnen: „conjuncti valemus“, und sich in blindwütiger Selbstsucht die Ohren vor der warnenden Mahnung zu verschließen: „collidentes frangimur“.

Dann wird sich von neuem der alte Riß auftun zwischen Staats- und Volksleben, aus dem nicht zum wenigsten im Laufe der Jahre der Abgrund geworden war, in dem bei dem äußeren Anlaß des militärischen Zusammenbruchs so unendlich Vieles versank, weil der feste Grund innerer Verbundenheit zwischen staatlicher Autorität und persönlicher Freiheit fehlte, weil der Staat versucht hatte, nur über und neben dem Volke zu leben, weil man vergessen hatte, den Untertanen zum Bürger, das Volk zur Nation heranzubilden. Die verhängnisvollen Folgen so lange fehlender Selbstverantwortung, des unzureichenden Willens zur Unterordnung in Freiheit, zeigen sich auch heute noch — oder wieder? — in dem oft maßlosen Kampf widerstreitender Interessen parteipolitischer, ständischer, beruflicher, ja sogar auch konfessioneller Gegensätze. Sie stehen in der Form und in den Methoden in nichts jenen nach, mit denen ehedem die herrschenden Klassen ihre ständischen und sozialen Vorrechte geltend machten, in der unheilvollen Wirkung in nichts dem egoisten Hausmachtskampf- und Schacher einiger Dutzend Dynastien.

Zerbricht die neue Form wieder, weil wir den Geist, aus dem sie geboren ist, wieder verraten, dann stürzen auch die Grundlagen für die künftige Entwicklung von Freiheit und Recht in Deutschland. Und es stürzt mehr —: der kaum erschlossene Weg zum Frieden wird verschüttet. Dann haben wir vergebens die Kraft unserer Hände, die Logik unserer Köpfe, die Glut unserer Herzen an die Aufgabe vergeudet, die uns als Gnade geworden ist aus Trübsal und Kummer, aus Elend und Not: an das Werk des Friedens. Dann haben wir uns vergebens bemüht, Bausteine zusammenzutragen aus den Trümmern des Gestürzten zu Tempeln des Guten, in denen die vom Kriege zerstörten Völker sich zurückfinden sollen zum Dienst an der Menschheit. Das Werk, zu dem wir von den Toten, von den Lebenden, von den noch Ungeborenen gerufen werden, das Werk des Friedens wird ohne „das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen“, ohne „sein Reich in Frieden und Freiheit erneuert“ keinen Bestand haben. Hier liegt die tiefe Verantwortung jedes einzelnen Deutschen gegenüber seinem eigenen Vaterlande, gegenüber der Welt in seiner Stellung zur Verfassung. Hier ist gleichgültig Hinnehmen nichts, Bekennen etwas Tätiges, Handeln alles, —

„denn keine Macht und keine Zeit zerstückelt geprägte Form, die lebend sich entwickelt“.

Das Zentrum im Reichsbanner.

Die Konferenz der Zentrumsmitglieder im Reichsbanner hat das Ergebnis gehabt, das von vornherein zu erwarten war: das Zentrum bleibt weiter beim Reichsbanner. Das ist vom Standpunkt des Zentrums aus auch ganz begreiflich, denn wenn es seine Stellung als Mittelpartei aufrechterhalten will, kann es nicht alle Brücken zu den anderen republikanischen Parteien abbrechen und dadurch sich mit gebundenen Händen den Deutschnationalen ausliefern. Alle Sirenenklänge der Rechtspresse waren ebenso erfolglos, wie die Intrigen und böswilligen Unterstellungen, mit denen von jener Seite gearbeitet wurde, um eine unüberbrückbare Kluft zwischen Zentrum und der Sozialdemokratie aufzureißen. Das Zentrum weiß recht wohl, daß ihm bei einer allzubrüderlichen Umarmung mit den Deutschnationalen sehr bald die Luft ausgehen würde, es kennt seine Brüder und hält trotz der Koalitionsgemeinschaft im Reiche und in einigen Ländern auf Distanz. Deshalb dürfte auch die letzte Hoffnung mancher Rechtsblätter vergeblich sein, daß die Gesamtpartei des Zentrums eine andere Haltung einnehmen könnte, als die Reichsbannermitglieder.

Die von der Rechten mit so großem Aufwand und unter so gewaltigem Lärm inszenierte Aktion wird also nicht mit der Zerstörung des Reichsbanners, ja nicht einmal mit seiner Schwächung; sondern eher mit einer neuen Stärkung auslaufen. Denn wir sind gewiß, daß die Reichsbannerleitung alles tun wird, um die berechtigten Forderungen der Zentrumsmitglieder, die auch von demokratischer Seite aus durchaus geteilt werden, zu erfüllen. Die Zeit, in der das Reichsbanner überflüssig geworden ist, ist leider noch keineswegs gekommen. Im Gegenteil, hat es noch wichtige Aufgaben zur Festigung der Republik und zur Verbreitung staatsbürgerlicher republikanischer Gesinnung zu erfüllen. Der in der Aussprache der Zentrumsmitglieder aufgeworfene Gedanke einer Auflösung des Reichsbanners und natürlich auch sämtlicher Rechtsverbände durch die Regierung ist nicht aktuell. Eine solche Maßnahme würde wohl, selbst wenn sie politisch für opportun erachtet werden müßte, einigen Schwierigkeiten begegnen, solange sich die in Frage kommenden Verbände innerhalb der gesetzlichen Vorschriften halten. Der erregte Protest der „Deutschen Tageszeitung“ zeigt ja übrigens recht deutlich, daß man auf deutschnationaler Seite keineswegs auf die reaktionären Verbände zu verzichten gewillt ist. Man weiß wohl warum.

Unter diesen Umständen können alle republikanisch gesinnten Kreise sich nur der Schlußfolgerung anschließen, zu der die Zentrumsmitglieder des Reichsbanners gekommen sind, daß nämlich möglichst viele Mitglieder des Zentrums und der anderen republikanischen Parteien sich dem Reichsbanner anschließen, um die Wahrung des unverfälschten Reichsbannercharakters zu gewährleisten. Nicht kritisieren sondern mitarbeiten ist in der Tat die Pflicht aller, die in der Republik die Grundlage für den deutschen Wiederaufbau erblicken und die das deutsche Volk vor neuen, verhängnisvollen inneren Wirren durch Ueberwuchern der reaktionären Verbände bewahren wollen.

Parteinachrichten

Aufruf zur Hindenburg-Spende.

Reichspräsident von Hindenburg feiert am 2. Oktober d. J. seinen 80. Geburtstag. Der Wunsch des Reichspräsidenten, von allen ihm persönlich geltenden Ehrungen und Feiern Abstand zu nehmen, entspricht ganz der von ihm so oft bewiesenen vornehmen persönlichen Zurückhaltung. Der deutschen Republik aber gereicht es zur Ehre, wenn die Deutschen jedes Standes und jeder Partei an einem solchen Tage des vom Volke gewählten Führers in besonderer Weise gedenken. Das deutsche Volk wird es sich auch nicht nehmen lassen, seiner Dankbarkeit und seiner Verehrung für einen Mann Ausdruck zu geben, der allen Deutschen ein Vorbild treuer Pflichterfüllung gegenüber Volk und Staat ist.

Die Deutsche Demokratische Partei will deshalb helfen, daß der 80. Geburtstag des Reichspräsidenten seinem Willen entsprechend ein Tag wird, an dem das ganze deutsche Volk sich erneut zu seiner Pflicht bekennt, die Nöte aus der Kriegszeit zu mildern.

Die Deutsche Demokratische Partei fordert alle Freunde auf, sich an der Hindenburg-Spende zugunsten der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbleibenen zu beteiligen. Helfe jeder freudig und nach seinem Können dazu, daß dem Präsidenten der deutschen Republik an seinem 80. Geburtstag ein Fonds zur Verfügung gestellt wird, der ihm die Möglichkeit gibt, Not bei den Volksgenossen abzuwenden, die auf Dank und Hilfe der deutschen Nation ganz besonderen Anspruch haben.

Der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei
Koch. Erkelenz. Fischer.

Friedrich-Naumann-Kalender.

Auch in diesem Jahre wird der Friedrich-Naumann-Kalender erscheinen. Die Bearbeitung hat wieder Frau Illa Uth übernommen. Der Kalender, dessen Inhalt auf das kommende Wahljahr zugeschnitten werden soll, wird wieder reich illustriert sein und soll auch dem Unterhaltungsbedürfnis dienen.

Am Verfassungstag
Schwarz-rot-goldene Fahnen heraus!

Zum Tode von Jakob Scherck.

Die Deutsche Demokratische Partei hat an die Gattin des verstorbenen Oberregierungsrates Jakob Scherck folgendes Telegramm gerichtet:

„Tief erschüttert durch den plötzlichen Tod ihres Gatten, der viele Jahrzehnte ein überzeugter und wirkungsvoller Verfechter unserer Sache war, sagen wir Ihnen und den Ihrigen unser herzlichstes Beileid. Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei. Koch, Erkelenz, Fischer.“

Der Demokratische Presseverein sandte folgendes Telegramm:

„Erschüttert durch das plötzliche Hinscheiden Ihres Gemahls, unseres verdienten Schatzmeisters, entbieten wir Ihnen den Ausdruck tiefen Mitempfindens. Demokratischer Presseverein. Nuschke.“

Die Ueberführung des Verstorbenen wird für Anfang der Woche erwartet, so daß die Beisetzung Mitte nächster Woche erfolgen kann.

Bezirk Magdeburg.

Veranstaltungen
der
Deutschen Demokratischen Partei,
Ortsgruppe Magdeburg.

Geschäftsführender Ausschuß: Während der Ferien fallen die Sitzungen aus.

Stammtisch: Dienstag, den 8. August, abends 8 Uhr, Hotel „Weißer Bär“, Weinsaßstraße 6. Der Stammtisch tagt auch während der Ferien. Starke Beteiligung erwünscht.

Donnerstag, den 11. August, nachmittags 5,30 Uhr, im Hohenzollernpark: Verfassungsfeier verbunden mit Som-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19270806-18/fragment/page=0005

merfest. Programme zum Preise von 75 Pfg. einschließlich Steuer und Tanz sind in der Geschäftsstelle Breiter Weg 139/140 erhältlich.

*

Wir verweisen unsere Leser auf die von der Deutschen Demokratischen Partei am Donnerstag, dem 11. August, nachmittags 5½ Uhr in den Räumen des „Hohenzollernparkes" veranstaltete Verfassungsfeier, bestehend aus Konzert, Festrede des Herrn Oberbürgermeister Dr. Luppe-Nürnberg, Gesangsvorträgen, Rezitationen, Tanz und Tombola. Programme zum Preise von 75 Pfg. einschließlich Tanz und Steuer sind in der Geschäftsstelle der Deutschen Demokratischen Partei, Breiter Weg 139/140 sowie am Donnerstag, den 11. August, ab nachmitags 4½ Uhr im „Hohenzollernpark" erhältlich. Die Tombola für die Verfassungsfeier wächst täglich. In den letzten Tagen haben namhafte Firmen erhebliche Stiftungen gemacht. Selten dürfte so viel Brauchbares und Wertvolles durch eine Verlosung geboten worden sein, als dies am 11. August bei der Verfassungsfeier der Deutschen Demokratischen Partei geschieht. Die Leser unseres Blattes sowie alle Republikaner sind zu dieser Feier freundlichst eingeladen.

Zur gefl. Beachtung!

Ab 1. Juli sind die erhöhten Portosätze in Kraft getreten. Dieser Vorgang gibt uns Veranlassung, unsere Parteifreunde in Stadt und Land auf folgendes zu verweisen. Die Bezirksgeschäftsstelle ist stets bemüht gewesen, Anfragen aller Art schleunigst zu beantworten. Sie hat die dafür notwendigen Portokosten selbst getragen. Für die Folge bitten wir bei Auskünften, soweit eine schriftliche Mitteilung erwünscht ist, einen frankierten Briefumschlag beizufügen, andernfalls werden die Auskünfte in kürzester Form im Briefkasten der „Mitteldeutschen Rundschau" erteilt.

Anfragen betr. der Organisation werden nach wie vor schriftlich erteilt. In diesem Falle ist ein frankierter Briefumschlag selbstverständlich nicht notwendig.

Um Mahnungen und Rückfragen zu ersparen, ersuchen wir unsere Freunde, alle Anfragen und Aufforderungen der Bezirksgeschäftsstelle prompt zu erledigen, vor allem bitten wir die laufenden Beiträge für die Bezirksgeschäftsstelle sowie für die „Mitteldeutsche Rundschau" möglichst für mehrere Quartale im voraus einzusenden. Rückfragen wegen Unstimmigkeiten in der Beitragszahlung bleiben oft unbeantwortet. Es sind Mahnungen notwendig, wodurch der Geschäftsbetrieb ganz besonders leidet und unnötig Porto ausgegeben wird. Dazu kommt noch, daß durch diese Mahnungen die Unstimmigkeiten meistens nicht behoben werden. Wir ersuchen daher unsere Freunde, uns unsere Arbeit zu erleichtern. Pünktliche Beitragszahlung gehört zu jedem geordneten Geschäftsbetrieb. Wir glauben, daß es nur dieses Hinweises bedarf und daß für die Folge alle, die bisher nach dieser Richtung hin sehr säumig waren, sich der Besserung befleißigen.

Fahnen heraus!

Republikaner, der 11. August muß beflaggt werden!

Pflicht aller Republikaner, die noch nicht im Besitz von schwarz-rot-goldenen Fahnen sind, ist es daher, sich rechtzeitig mit Reichsflaggen zu versehen.

Elbstrombaudirektor Dr. Zander Ehrensenator von Braunschweig

Die Technische Hochschule in Braunschweig hat dem Elbstrombaudirektor Dr. Ing. e. h. Zander auf einstimmigen Beschluß des Konzils die Würde eines Ehrensenators verliehen.

Stadtrat a. D. Nitzschke 60 Jahre alt. Am 4. August beging der Reichsbahn-Amtmann, Stadtrat a. D. Nitzschke, in Magdeburg, in körperlicher und geistiger Frische seinen 60. Geburtstag. Ueber 16 Jahre hat er in öffentlichen Aemtern für das Wohl der Stadt Magdeburg gewirkt. Im November 1908 wurde er in die Stadtverordnetenversammlung gewählt, deren stellvertretender Vorsitzender er von 1915 bis 1919 war. In diesem Jahre wurde er als unbesoldeter Stadtrat in den Magistrat gewählt; als solcher verwaltete er das Dezernat der Kriegsbeschädigten-Fürsorge. Am 17. Juli 1924 ist er aus dem Magistrat ausgeschieden. Als Stadtverordneter gehörte er sehr vielen Ausschüssen an, u. a. der Garten-Deputation, dem Bebauungsplanausschuß, dem Wohnungswesenausschuß, dem Ausschuß zur Erörterung des Entwurfs für den Umbau des Hauptbahnhofs Magdeburg und dem Ausschuß für die Schaffung einer Kaistraße zwischen Strom- und Königsbrücke. — Nitzschke hat dauernd für die Vergrößerung des städtischen Grundbesitzes gesorgt. Für die Verschönerung der Anlagen ist er ständig eingetreten. — In der Mieterbewegung hat er lange Jahre eine hervorragende Rolle gespielt. Am 17. Februar 1908 gründete er den Magdeburger Mieterverein, dessen Vorsitzender er bis 1924 gewesen ist. Seine noch heute gern gehörten Vorträge über Mieterfragen und Wohnungswesen zeichnen sich stets durch große Sachkenntnis und Sachlichkeit aus.

Rektor Hermann Stolle †. In der organisierten preußischen Lehrerschaft sind die Fahnen auf halbmast gesenkt. Am 28. Juli riß der Tod einen ihrer begabtesten, besten und zuverlässigsten Führer nach schwerer, in großer Geduld getragener Krankheit im besten Mannesalter dahin. Trotz seiner umfangreichen vorbildlichen amtlichen und außeramtlichen Tätigkeit — Rektor Stolle war 2. Vorsitzender des Preußischen Lehrervereins, Schriftleiter der Preußischen Lehrerzeitung, Mitglied der städtischen Schuldeputation, der Provinzial- und Generalsynode — hat der Verstorbene, soweit es ihm irgendwie möglich war, auch an den Versammlungen und Veranstaltungen der Ortsgruppe Magdeburg der Deutschen Demokratischen Partei, deren erweitertem Vorstand er seit Jahren angehörte, lebhaften und regen Anteil genommen. Sein Andenken wird der Deutschen Demokratischen Partei unvergessen bleiben.

Wichtige Aenderungen in der Schankkonzessionssteuerordnung.

Das Ortsstatut betr. Erhebung einer Steuer von der Erlangung der Erlaubnis zum Betriebe der Gastwirtschaft, Schankwirtschaft oder des Kleinhandels mit Branntwein oder Spiritus in der Stadt Magdeburg wird mit Zustimmung des Herrn Oberpräsidenten nach Genehmigung durch den Bezirksausschuß mit Wirkung vom 1. April ds. Js. wie folgt geändert:

Ist die Erlaubnis nach dem 31. 3. 1927 erteilt, dann wird die Steuer nur nach dem Jahresertrage des erlaubnispflichtigen Betriebes errechnet.

Sie beträgt

von den ersten angefangenen oder vollen 4 000 M des Jahresertrages	10 v. H.
von den nächsten angefangenen oder vollen 5 000 M des Jahresertrages	15 v. H.
und von dem darüber hinausgehenden Teile des Jahresertrages	20 v. H.

des gewerbesteuerpflichtigen Ertrages.

Die Veranlagung erfolgt sofort nach erteilter Erlaubnis. Wenn zu dieser Zeit der Ertrag noch nicht feststeht, so wird er geschätzt und die Steuer danach mit der Maßgabe veranlagt, daß ihre endgültige Festsetzung nach Ablauf des ersten Geschäftsjahres erfolgt.

Die Steuer ist in vier gleichen Vierteljahrsraten zu entrichten, deren 1. binnen vier Wochen nach Zustellung des Veranlagungsbescheides zu zahlen ist. Bei Nichtzahlung erfolgt Beitreibung im Verwaltungszwangsverfahren.

Durch diese neuen Bestimmungen sind folgende früher gültig gewesenen Bestimmungen außer Kraft getreten:

Die Steuersätze verfielfachen sich für Schankwirtschaften, die vorwiegend Wein und Liköre ausschenken.

Für Personen, die ihren ständigen Wohnsitz außerhalb des Deutschen Reiches haben, tritt eine Erhöhung der Steuersätze auf das 10fache ein.

Egeln. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde Stadtverordneter Oehlgarten, Stadtkämmerer i. R., als Beigeordneter für den ausgeschiedenen Rechtsanwalt Wiegleb eingeführt. Der Regierungspräsident hat die Wahl bereits bestätigt. Wir wünschen unserm Parteifreund in seinem neuen Amte eine erfolgreiche Tätigkeit.

Eingegangene Gelder: G. K.-Magdeburg 3.30 Mk., F. Schmidt-Gutenswegen 4.28 Mk., R. A.-Magdeburg 3.75 Mk., F. B.-Gutenswegen 4.28 Mk., R. Sch.-Magdeburg 1.50 Mk., P. A.-Berlin 22.95 Mk., O. St.-Angern 4.60 Mk., S. N.-Magdeburg 7.50 Mk., E. K.-Rhoden 5.35 Mk., A. H.-Tornitz 3.68 Mk. H. K.-Pömelte 3.75 Mk.. H. C.-Möckern 5.80 Mk.

Bezirk Halle.

Halle. An alle Mitglieder richten wir nochmals die dringende Bitte, sich mit ihren Angehörigen an der für Sonnabend, den 13. August, im Neumarkt-Schützenhaus veranstalteten Verfassungsfeier zu beteiligen. Wie im vorigen Jahre, ist auch diesmal die Verfassungsfeier mit einem Sommerfest für die Kinder verbunden. Eintrittskarten 60 Pfg. (Kinder frei) sind möglichst vor dem Festtag entweder in der Steintorbuchhandlung A. Simonsohn, Gr. Steinstr. 54—55, oder im Parteibüro, Gr. Brauhausstraße 30, zu lösen. Die Veranstaltung wird außerdem durch Anschlag an den Plakatsäulen bekanntgegeben. Zur Verlosung erbitten wir Geschenke und Spenden. W... fen, nicht vergeblich zu bitten.

Deutsche Demokrat. Partei

Ortsgruppe Halle.

Verfassungsfeier

verbunden mit

Sommerfest

Sonnabend, den 13. August, nachm. 4 Uhr im Neumarkt-Schützenhaus.

* *

Großes Garten-Konzert

(Frauendorf-Orchester).

Festredner:

Abgeordneter

Dr. Bohner-Magdeburg

* *

Abends:

musikalische u. gesangliche Darbietungen.

TANZ

(Tanzsportkapelle Frauendorf).

Im Garten Kinderbelustigungen aller Art. Blumenverlosung etc.

Eintrittspreis **60** Pfg., Kinder frei.

Sorgt für schwarz-rot-goldene Fah...

Halle. Es muß dafür gesorgt werden, d... Beflaggung am Verfassungstag — 11. ... — eine weit stärkere noch als in den früheren ... wird. Die gesetzliche Festlegung des Verfassungsta... Nationalfeiertag für das Deutsche Reich ist zwa... diesmal wieder an dem Widerstande der Rechtsp... gescheitert. Gerade deshalb aber muß jeder Anhäng... Freund der republikanischen Staatsform die schw... goldenen Farben der Republik auch von seiner W... aus sichtbar zeigen. Es ist falsch, wenn die Repub... sich hierbei zurückhalten wollen. Wir wissen, wie ... litischen Gegner, die bei jeder nur möglichen Gele... ihre schwarz-weiß-roten Parteifahnen herauskehren, ... solche Zurückhaltung auslegen. Das Selbstgefühl ... Republikaner und die Freude an den schwarz-rot-go... Farben als Symbol großdeutscher Einheit müssen an... restage der Deutschen Reichsverfassung durch Befla... der Häuser zum Ausdruck kommen. Laßt die schwa... goldenen Fahnen wehen! Besucht die zur Feier de... fassungstages getroffenen Veranstaltungen! Die D... Republik braucht immer noch ein offenes Bekenntni... Republikaner.

Halle. Die Deutsche Demokratische Partei wi... 22. und 23. Oktober in Berlin in Preußischen La... Prinz Albrechtstraße 5, **einen preußischen Parteita...** halten. Als teilnahmeberechtigte Delegierte werde... den Wahlkreisverband Halle-Merseburg 16 Delegier... fallen. Zwecks Verteilung dieser Delegationen wi... Wahlkreisverband Anfang September eine **Bezirk... tretertagung** nach Halle einberufen. Ueber den Tag... tag erhalten die Kreisvereinsvorstände rechtzeitig ... lung nebst Einladung zur Tagung. Zu dem Tage... des Parteitages ist neben der Volltagung am Sonnta... 23. Oktober, mit politischen und wirtschaftlichen Ref... der Staatsminister Dr. Schreiber und Dr. Hoep... Aschoff auch die Tagung folgender Fachausschüsse ... vorhergehenden Sonnabend anberaumt:

1. Kommunalpolitik. 2. Mittelstandsausschuß. ... amtenausschuß. 4. Ausschuß für Volkswohlfahrt un... zialpolitik. 5. Kulturausschuß. 6. Landwirtschaftlicher ... schuß.

Wir bitten die Vorstände der Kreisvereine, die ... stellung der Delegierten, die sie auf der Bezirksvert... tagung in Halle in Vorschlag bringen wollen, mö... bald vorzubereiten.

Halle. Autofahrten für Schwerkriegsbeschädigte ... Freiburger Automobilklub lud alle Schwerkriegsb... ten Freiburgs zu einer sonntäglichen Autotour durc... schönen Schwarzwald ein, die bei allen Teilnehmern ... Begeisterung erweckte, zumal als die Schwarzwäld... der Ehrung und Bewillkommnung ihrer Gäste eifert... Die im Verlage von Ringier und Co., Freiburg ... erscheinende illustrierte Tiefdruckzeitschrift „Die J. ... Pfg." veröffentlicht in ihrer neuesten Ausgabe N... eine Seite interessanter Bilder von dieser Autofahrt ... dem Aufdruck: Sorgt für unsere Kriegsbeschädigten!

Briefkasten

Altmark: K. Uns sind Anschriften, an die wir P... stücke liefern können, stets willkommen.

*

Allen Beamten wird auf Wunsch kostenlos ein ... blatt **„Die Deutsche Demokratische Partei und die ... dungsreform"** zugestellt.

Neue Bücher.

Vom gesunden und kranken Herzen von Univ. ... Dr. Kerschensteiner — München, 122 Seiten, 18 Abbild... Preis geb. Mk. 1.85 Max Hesses Verlag, Berlin W 15.

Nach einer kurzen anatomischen Einleitung besprich... bekannte Münchener Herzspezialist die einzelnen Formen ... Herzkrankheiten (Klappenfehler, Entzündungen, nervöse Störu... verbreitet sich über die Gefäßerkrankungen, unter dene... Arterienverkalkung zu den zum Teil mit Unrecht gefürch... gehört, bespricht die Folgezustände und Beschwerden der ... krankheiten (Atemnot, Herzbeklemmung, Pulsunregelmäßig... usw.) und behandelt erschöpfend die Ursachen der Herzstör... wie Gelenkrheumatismus und Gifte (Alkohol, Tabak, Kaffee ... Ein eigenes Kapitel ist der so häufigen Neurastenie und ... erscheinungen gewidmet. Den Beschluß bilden beherzigens... Ratschläge, als Frucht langjähriger Erfahrung. Ein empfel... wertes Buch. S—...

Kultur und Kunst. Eine Schrift für Gegenwart ... Zukunft kultureller und geistiger Werte. Mon... 1 Heft. Bezugspreis vierteljährlich M 2. Verlag ... Meiner in Leipzig.

Geschichte Rußlands. 1. Prof. Pokrowski, Mo... herausgegeben von Herrn Wilh. Herzog, Be... Lieferung I und II Preis M —.40 pro Lief. Zu bez... durch jede Buchhandlung und durch den Verlag.

Handbüchlein über die **Arbeitsvermittlung und ... beitslosenversicherung** von C. Galm, stellv. Vorsitzender ... städt. Versicherungsamts und A. Dietz, stellv. Vorsitze... des Arbeitsamts Aschaffenburg. Preis 30 ₰, 100 ... 25 M. Beziehbar durch den Selbstverlag C. G... Aschaffenburg, Elisenstr. 3.

Das am 6. Juli 1927 vom Reichstag angenommene ... beitslosenversicherungsgesetz bedeudet vom volkswirtschaftl... Standpunkte aus eine längst notwendige Einrichtung. ... Stelle der seitherigen Fürsorge tritt auf Grund der Versiche... ein Rechtsanspruch. In gemeinverständlicher und übersichtl... Darstellung gibt das Büchlein Aufklärung über alles Wi... werte. Versichert sind die unter die Kranken- und Angestel... versicherung sowie unter das Reichsknappschaftsgesetz falle... Personen. Sowohl Arbeitgebern als auch den Angeste... und Arbeitern kann die Anschaffung des billigen Büch... bestens empfohlen werden.

Verantwortlich für die Redaktion und den Verlag Ludwig Münz, Magdeburg.
Druck: Buchdruckerei **Hugo Alpers** (Allg. Ztg.), Delitz...

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19270806-18/fragment/page=0006
DFG

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — **Bezugspreis:** 75 Goldpfennig monatlich zuzüglich 6 Goldpfennig Postzustellungsgebühr. — Bestellungen nehmen alle zuständigen Postämter, Briefträger und der Verlag Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30, entgegen. — Streiks, höhere Gewalt und Betriebsstörung entbinden den Verlag von der Haftung für Verzögerung und Entschädigung.

Anzeigenpreis: Für die zehngespaltene Millimeter-Zeile 10 Goldpfennig. — Anzeigen im Reklameteil 1 Mark. — Anzeigenannahme durch den Verlag des „Politischen Wegweiser", Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30. — **Verlag:** Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30. **Schriftleitung:** Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30. Fernsprecher Nr. 1277.

Nummer 32 — Halle (S.), 6. August 1927 — 3. Jahrgang

Der Sinn des Verfassungstages.

Von Dr. Ludwig Haas-Karlsruhe, Mitgl. d. Reichstags.

Bei den Beratungen über die gesetzliche Bestimmung des 11. August als Nationalfeiertag erklärte der deutschnationale Abgeordnete von Freytagh-Loringhoven, daß das deutsche Volk keinen Anlaß habe, Feste zu feiern. Es scheint richtig, daß es geschmacklos und würdelos wäre, den Tag zu feiern zu veranstalten. Allzu groß ist noch immer die nationale und wirtschaftliche Not. Deutsches Gebiet ist unter fremder Besatzung. Deutsches Land ist vom Leib der Deutschen Reiches losgerissen. Hunderttausende sind arbeitslos und leben in schwerster Not. Die Lage der Kriegsbeschädigten, der Witwen und Waisen der Gefallenen, die Lage der Deutschen, die durch Versailles und seine Folgen vom Haus und Hof verdrängt worden, ist oft eine verzweifelte. Selbst wenn wir nicht unter dem Druck dieser Not und dieser Schmerzen stehen würden, könnte die Erinnerung an die gefallenen Kameraden eine wahre Festesfreude nicht entstehen lassen.

Ich habe schon damals dem Abgeordneten von Freytagh-Loringhoven in voller Anerkennung seiner Bedenken erklärt, daß gerade manche Kreise der Rechten Anlaß haben, bei ihren allzu vielen Festen der Not des Vaterlandes zu gedenken. Wie wenig entspricht es der wahren Lage des Deutschen Volkes, wenn alkoholbegeisterte junge und alte Leute die Wacht am Rhein singen, während die ehemalgen Feinde noch am Rhein stehen. Gerade hier zeigt es sich, daß gar oft Menschen, die gerne von nationalgefühl sprechen, ein wahres Gefühl für nationale Würde nicht besitzen. Wir wollen alle für den Tag arbeiten, an dem die Wacht am Rhein wieder gesungen werden.

Heute aber kann sie noch nicht gesungen werden. Wenn ich absehe von häßlichen Ausschreitungen, dann aber die Rechte ebenso wie die Linke ein gesundes Gefühl dafür, daß ein Volk in nationaler Not noch mehr ein Volk in Glück Festtage braucht. Das dürfen keine Tage der Freude, aber es sollen Tage der Erinnerung, der Rückschau und des Ausblicks sein.

Das deutsche Volk braucht mehr als je einen nationalen Feiertag. Es braucht einen Tag, an dem es sich in einer Weise zu seinem Staat und zu den Gedanken nationaler Einheit und nationaler Hoffnung bekennt. Das deutsche Volk in allen seinen Schichten hat das Recht, sich am 1. August in Dankbarkeit zu erinnern. Dieser Tag ist nicht zerstört, was wertvoll war in unserer Vergangenheit. Aber dieser Tag hat, nachdem die alte Staatsordnung zusammengebrochen war, neues Recht und die Grundlagen für eine neue deutsche Zukunft geschaffen. Das ganze deutsche Volk mit Ausnahme der Kommunisten als Anhänger der russischen Staatsordnung forderte die Wahl der Nationalversammlung. Die Nationalversammlung sollte Schutz und Schirm sein gegen die Diktatur und gegen alle Diktaturgefahren. Sie sollte kraft des Willens, kraft des ganzen deutschen Volkes, auch kraft des Willens der Rechten dem deutschen Volke zur Verfassung des revolutionären Zustandes eine neue Verfassung geben. Der Nationalversammlung gelang das, daß das deutsche Volk erwartet hat. Genau so, wie der Reichspräsident und die Reichsregierung sich feierlich an diesem Tage zur Verfassung bekennen, so sollte man es draußen im Lande begreifen, daß über alle Parteiunterschiede hinweg der 11. August ein Tag dankbarer Erinnerung sein darf. Er brachte uns nach der Zerstörung des alten Staates die Garantien neuen staatlichen Lebens, die Garantien für Rechtssicherheit, die Grundlagen für einen neuen Aufbau.

Die deutsche Einheit war bedroht. Der feindliche Partikularismus, der nicht seine äußersten Ziele in Weimar durchgesetzt hatte, hoffte immer noch auf den Zerfall des deutschen Staates durch eigene deutsche Schuld. Am 11. August hat ein neues Band der deutschen Einheit geschlossen. So soll der 11. August aber auch den Willen zur Erhaltung und Stärkung der deutschen Einheit bedeuten. Das ist das Unglück der deutschen Geschichte und Mitschuld der deutschen Dynastien, daß in langen Jahrhunderten die Zentralgewalt bekämpft und geschwächt wurde. Es hätte die große Aufgabe des November 1918 werden können, dynastische Zufälligkeiten, entstanden aus Leidenschaften und Heiraten, aus Bruderkriegen und aus Beziehungen mit dem Ausland, aus der Konstruktion des Bundes Staates auszuschalten. Es ist nicht gelungen; es wurde nicht einmal versucht. Deshalb bleibt es erste Aufgabe unsere Pflicht, das Reich über alles zu stellen, seine Einheitlichkeit zu sichern, seine Macht zu stärken. Wir wollen keine bürokratische Zentralisation. Wir kennen den Schätzen die gesunden Kräfte der Vielgestaltigkeit deutscher Entwicklung und deutscher Kultur. Aber wir leiden unter dem Nebeneinander und Gegeneinander von Kräften, die die Zentralgewalt nicht in voller Loyalität anerkennen. Deswegen stehen wir auf der Wacht für diese Einheit; deswegen stehen wir im Kampf für die Einheit.

Der 11. August muß aber auch ein Tag des Bekennens zum deutschen Recht und zur deutschen Freiheit sein. Man ist in Versailles über das deutsche Recht hinweg geschritten; man hat nicht gehalten, was im Waffenstillstandsvertrag versprochen war. Wir fordern das Selbstbestimmungsrecht für die Deutschen in Oesterreich, wir fordern im Geiste von Locarno die Befreiung des Rheinlandes und der Pfalz von fremder Besatzung! Es sei aber auch nicht vergessen, daß es kein Recht gibt in Deutschland, das nicht auf der republikanischen Verfassung von Weimar beruht. Sie ist die einzige Grundlage deutschen Rechtes. Die Macht des Richters hat seine Quelle in dieser Verfassung. Es gibt leider genug Richtersprüche in den letzten Jahren, die uns erschüttert haben. Sie mögen wenig bedeuten gegenüber der Fülle von gerechten und wahren Urteilen. Aber dieser Tag muß die Erkenntnis stärken, daß nur der Richter sein kann, der ohne Vorbehalt auf dem Boden der Verfassung steht und zu ihrem rückhaltlosen Schutze entschlossen ist.

Die führenden Männer der Rechten wissen, daß der Kampf gegen die Republik aussichtslos und sinnlos geworden ist. Sie wissen, daß für unabsehbare Zeit die Staatsform des deutschen Volkes die Republik sein wird. Wenn sie aber dann doch aus parteiagitatorischen Gründen sich der Entwicklung eines republikanischen Staatsgefühls entgegenstellen, dann stellen sie damit kleine agitatorische Erwägungen über die vaterländische Pflicht. Denn die erheischt gebieterisch, daß die Werte republikanischen Lebens vom Volke erkannt werden. Auch das ist eine der großen Aufgaben des 11. August, das republikanische Bewußtsein, den republikanischen Willen in Deutschland zu stärken, die republikanische Staatsautorität zu festigen und Herz und Hirn der Menschen für die Staatsform zu gewinnen, die heute eine nationale Notwendigkeit für Deutschland ist.

Wir wollen die hohen Werte deutscher Vergangenheit schätzen. Wir wollen mit berechtigtem Stolz auf unsere Vergangenheit unsere Geschichte nicht vergessen. Aber die Monarchie ist gescheitert. Aus schwersten Gefahren hat uns die Republik gerettet. Der 11. August soll die Ueberzeugung verbreiten, daß der Dienst für die Republik Dienst für das Vaterland ist.

Bekenntnis zum Volk.

Von Gottfried Keller.

„Es wird schon gehen!" ruft in den Lüften
die Lerche, die am frühsten wach;
„Es wird schon gehn!" rollt in den Grüften
ein unterirdisch Wetter nach.
„Es geht!" rauscht es in allen Bäumen
und lieblich wie Schalmeientonen.
„Es geht schon!" hallt es in den Träumen
der fieberkranken Nation.

Die Städte werden reg' und munter,
„Es geht!" erschallt's von Haus zu Haus;
schon steigt der Ruhm in sie hinunter
und wählt sich seine Kinder aus.
Die Morgensonne ruft: „Erwache,
o Volk, und elle auf den Markt!
Bring auf das Forum deine Sache!
Im Freien nur ein Volk erstarkt!

Trag all dein Lieben und dein Hassen
und Lust und Leid im Sturmesschritt,
dein schlagend Herz frei durch die Gassen,
ja, bring' den ganzen Menschen mit!
Laß strömen all dein Sein und Denken
und kehr' dein Innerstes zu Tag!
Die Kindheit braucht dich nicht zu kränken,
wenn du ein Kind von gutem Schlag!"

Die Morgensonne ruft: „Erwache!"
Klopft unterm Dach am Fenster an:
„Steh auf und schau' zu unser Sache,
sie geht, sie geht auf guter Bahn!
Ich lege Gold auf deine Zunge!
Ich lege Feuer in dein Wort!
So mach dich auf, mein lieber Junge,
und schlag' dich zu dem Volke dort!"

Wie eine Braut am Hochzeitstage,
so ist ein Volk, das sich erkennt;
wie rosenrot vom heißen Schlage,
vom Liebespuls ihr Antlitz brennt!
Zum ersten Mal wird sie es inne,
wie schön sie sei und fühlt es ganz:
So stehet in der Freiheitsminne
ein Volk mit seinem Siegeskranz.

Konkurrenzen.

Von Medizinalrat Dr. Mathias M. d. L., Bernburg.

Noch immer steht in Deutschland ein großer Kampf um die endgiltige Gestaltung des Staatswesens. Neun Jahre Nachkriegszeit haben es nicht vermocht, die bestehende Verfassung zu stabilisieren. Im Gegenteil, es macht den Eindruck, als wenn unterirdische Kräfte in steigendem Maße bemüht wären, unsere Republik, wenn nicht ihrer Form, so doch ihrem Inhalt nach, zu unterminieren. Das muß einerseits Wunder nehmen, wenn man beobachtet, wie doch die ganze Welt, den veränderten Verhältnissen Rechnung tragend, sich in demokratischem Sinne umgewandelt hat, ist aber andererseits wieder verständlich, wenn man bedenkt, wie bis zum Jahre 1918 Deutschland in einem starren Absolutismus mit allen Aggredrienzien regiert wurde.. Der Verlust derjenigen, die von ihrem hohen Sessel heruntergerutscht waren, ist zu groß, der verlorene Nimbus ist zu schwer zu vergessen. So ist es erklärlich, daß von dieser Seite alles mögliche versucht wird, wenigstens einen Schimmer der früheren Gloriole wieder zu erlangen. Vergeblich. Es ist zwecklos, dem Rade der Zeit in die Speichen zu fallen, und zu versuchen, es rückwärts zu drehen. Es ist wohl möglich, Subjekte in konkreter Weise zu beeinflussen, das Objekt resp. die Materie aber, und das ist der Staat, befindet sich in einem ewigen Flusse. Die Wahlen, denen wir in der nächsten Zeit entgegengehen, werden beweisen, daß der Gedanke der fortschreitenden Entwicklung auch die breite Masse so aufzuklären, so zu lenken, daß sie auch die richtigen Wege der Entwicklung geht.

Zur Zeit kämpfen vier verschiedene Weltanschauungen miteinander: die konservative, die demokratische, die sozialdemokratische und die kommunistische. Das Zentrum verkörpert auf Grund seiner besonderen religiösen Konstitution eine Kombination der verschiedenen Weltanschauungen.

Die erstere ist nach dem Kriege nicht mehr in reiner Form vertreten. Die deutsch-nationale Volkspartei hat in kluger Berechnung zeitgemäße, dem verlorenen Kriege Rechnung tragende Ideen in ihr Programm aufgenommen. Erntend [illegible] Radikalismus gezeitig[illegible] mit ihrem Progr[illegible] rherzustellen", i[illegible] eit sie dieses Pr[illegible] begrüßen und ih[illegible] Partei ist im rec[illegible] us vertreten, de[illegible] erringen sucht. [illegible] müssen solche Te[illegible] teln bekämp[illegible]

Ei[illegible] pant, der der De[illegible] olkspartei. In Wa[illegible] das Programm [illegible] sich verkörpert [illegible] len Taten aber z[illegible] rtswesens. Ihre f[illegible] n Streite, ob Rep[illegible] unkt noch jetzt in[illegible] rung des 11. Aug[illegible] eden, der sehen a[illegible] einer Behaupt[illegible] rückwärts gehen, [illegible] D. D. P. durchge[illegible] artei des Kapital[illegible] ne besagt. Ihr feh[illegible] ie.

Di[illegible] nach dem Kriege [illegible] demokratische Partei übernommen. Außerdem hat diese Partei, dem Zeitgeiste Rechnung tragend, den Gedanken der Volksgemeinschaft in den Vordergrund ihres Programms gestellt. Sie steht auf dem Standpunkte, daß das Volk schon lange vor, aber besonders nach dem Kriege die Reife und deshalb auch die volle Berechtigung erlangt hat, sich an der Verwaltung des Staates aktiv zu beteiligen. So stellt die DDP das Bindeglied zwischen der früheren konservativen und sozialdemokratischen Partei dar. **Sie ist die Partei des Ausgleichs der Gegensätze.**

Die sozialistische Partei ist in den letzten 13 Jahren eine erhebliche Wandlung durchgegangen. Vor dem Kriege die Partei der Opposition, die keine Geltung hatte und in konstantem bewundernswerten Kampfe die materiellen Interessen der Arbeiter zu verbessern suchte, ist sie jetzt in ihrer positiven Richtung eine staatserhaltende, im wahrsten Sinne des Wortes also eine nationale Partei geworden. Ein Kampf ihr gegenüber muß stattfinden,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19270806-18/fragment/page=0007